



**Forum Demokratieforschung
Beiträge aus Studium und Lehre**

Working Paper-Reihe
im Fachgebiet Demokratieforschung
am Institut für Politikwissenschaft
der Philipps-Universität Marburg

Kurzfassung

Im Jahr 2019 wurde in vielen deutschen Kommunen der Klimanotstand ausgerufen. Der Klimanotstand stellt einen Sammelbegriff dar, mit dem anerkannt wird, dass bisherige Maßnahmen im Klimaschutz nicht ausreichen. Bisher sind klimapolitische Prozesse dahingehend untersucht worden, ob eine Minderung von Treibhausgasen erreicht werden kann. Die Teilhabe verschiedener Gruppen am politischen Prozess sind allerdings vernachlässigt worden. Anhand der Fallbeispiele Marburg und Konstanz wird untersucht, wie sich das Image verschiedener städtischer Akteur*innen durch den Ausruf des Klimanotstands verändert hat. Mittels leitfadengestützter Expert*inneninterviews wurde erhoben, welche Akteur*innen am Ausruf des Klimanotstands beteiligt waren und welche Beteiligungsmuster im jeweiligen städtischen Kontext vorherrschen. Die in beiden Städten beteiligte *Fridays for Future*-Bewegung wurde durch den Klimanotstand ernster genommen. Trotz gleicher Interessenlage zeigen sich zwischen der Bewegung und den Stadtverwaltungen unterschiedliche Rollenbilder. Die Positionierung des Marburger Oberbürgermeisters zu der Klimabewegung und die öffentliche Zustimmung haben zu verschärften Klimaschutzmaßnahmen beigetragen. Das distanzierte Verhältnis zwischen *Fridays for Future*-Konstanz und den städtischen Akteur*innen sowie die kritische öffentliche Wahrnehmung hat ein Jahr nach dem Klimanotstand dazu geführt, dass sich das Konstanzer Kommunalparlament für eine Klimaneutralität mit unbestimmtem Datum entschieden hat.

Abstract

In 2019, the climate emergency was declared in many German municipalities. The climate emergency is an umbrella term that recognizes that previous climate protection measures are not sufficient. So far, climate policy processes have been examined to determine whether a reduction of greenhouse gases can be achieved, but the participation of various groups in the political decision-making process and the impact on a policy have been neglected. Based on the case studies, Marburg and Konstanz, the study examines how the image of various urban actors has changed because of the declaration of climate emergency. With guided interviews, the project identified which actors were involved in the declaration of climate emergency and which patterns of participation prevail in the respective municipal context. The Fridays for Future-movement, which is involved in both cities, was taken more seriously after the proclamation of climate emergency. Despite similar interests, there are different viewpoints between the movement and the city councils. The positioning of the mayor of Marburg in favor of the climate movement and public approval has contributed to more stringent climate protection measures. One year after the climate emergency, the distanced relationship between Fridays for Future-Konstanz and the municipal actors, as well as the critical public perception, has led to the local parliament of Konstanz opting for climate neutrality with an indefinite date.

Working Paper No. 18

**Politik des ‚Klimanotstands‘ in Kommunen –
eine vergleichende Untersuchung**

Bachelorarbeit im Studiengang Politikwissenschaft
am Institut für Politikwissenschaft
der Philipps-Universität Marburg

Hanna Pohlmann

Titelbild: Füllhorn von Christel Irmischer (Original: Acryl auf Leinwand 1997)

Impressum

Forum Demokratieforschung, Working Paper Reihe im Fachgebiet Demokratieforschung
Am Institut für Politikwissenschaft an der Philipps-Universität Marburg,
Beiträge aus Studium und Lehre
Herausgeberinnen: Prof'in Dr. Ursula Birsl, Matti Traußneck (M.A. Politologin)

Working Paper No 18 (Januar 2021)
ISSN 2197-9496

<https://www.uni-marburg.de/de/fb03/politikwissenschaft/fachgebiete/brd/forum-demokratieforschung>

Kontakt:

Prof'in Dr. Ursula Birsl
Matti Traußneck
Philipps-Universität Marburg
Institut für Politikwissenschaft
Wilhelm-Röpke-Str. 6G
DE-35032 Marburg

E-Mail: ursula.birsl@staff.uni-marburg.de
matti.traussneck@staff.uni-marburg.de

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	6
Abbildungsverzeichnis	6
1. Einleitung	7
2. Soziale Konstruktion und Policy Design	9
2.1 Entstehung und Einordnung.....	9
2.2 Ziele und zentrale Konzepte.....	9
2.3 Zielgruppen.....	11
2.4 Anwendung	12
3. Methodisches Vorgehen	15
4. Ergebnisse	20
4.1 Klimapolitische Situation in Konstanz und Marburg	20
4.2 Bürger*innenbeteiligung.....	23
4.3 Interessen und Ziele der beteiligten Akteur*innen	24
4.4 Beziehung und Haltung zu anderen Akteur*innen	26
4.5 Öffentliche Wahrnehmung.....	28
4.6 Sozioökonomische Auswirkungen.....	29
4.7 Pfadabhängigkeit.....	30
5. Interpretation	31
6. Fazit	33
Anhang	34
Interviewleitfaden Experteninterviews	34
Literaturverzeichnis	36

Abkürzungsverzeichnis

BBSR	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
CEDEMIA	Climate Emergency Declaration and Mobilisation in Action
FFF	Fridays for Future
HBS	Heinrich-Böll-Stiftung
IOEW	Institut für ökologische Wirtschaftsforschung
OB	Oberbürgermeister*in
TMCN	Transnational municipal climate network
UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Soziale Konstruktion und Policy Design	10
Abbildung 2: Methodisches Vorgehen.....	16
Abbildung 3: Die in der Inhaltsanalyse herausgearbeiteten Hauptkategorien	20
Abbildung 4: Zeitstrahl der bisherigen Maßnahmen im kommunalen Klimaschutz	21

1. Einleitung

Das Jahr 2019 war in Deutschland und in vielen anderen Ländern durch die Gruppe *Fridays for Future* und einer aufkeimenden Klimabewegung geprägt. Die Bewegung ist dafür verantwortlich, dass in vielen deutschen Städten der Klimanotstand ausgerufen und damit die Bedrohung durch den Klimawandel anerkannt wird. Der Begriff „Climate Emergency“ wurde durch die australische Bewegung *Climate Emergency Declaration and Mobilisation in Action* (CEDEMIA) geprägt. In der *Climate Emergency Declaration* wird das Ziel formuliert, dass Regierungen den Klimanotstand als öffentliches Signal ausrufen sollen, sodass die jeweilige Ebene des politischen Systems in einen Notfallmodus versetzt wird (vgl. *Climate Emergency Declaration 2020*). Neben kommunalen Parlamenten haben auch ganze Staaten eine Erklärung bekannt gegeben. Grund für die Bekanntgabe eines Klimanotstands ist in den meisten Fällen der Entschluss, dass bisher ergriffene Maßnahmen im Klimaschutz nicht ausreichen, um das 1,5°C Ziel des *Pariser Klimaabkommen*¹ zu erreichen. Deswegen sollen mit Ausruf des Klimanotstands zusätzliche Maßnahmen, die CO₂-Minderung und Klimaanpassung betreffen, ergriffen werden (vgl. Umweltbundesamt 2019). Das Ausmaß dieser zusätzlichen Maßnahmen wird von jeder*jedem Akteur*in selbst entschieden, weil es keine klare Definition des Begriffs Klimanotstand gibt. Dies unterstützt den spezifischen Kontext einer jeden Kommune, da individuelle Maßnahmen passend zu den vorhandenen Ressourcen und dem jeweiligen Verfahrensstand im Klimaschutz ergriffen werden können. Auf der anderen Seite macht die Definitionsunklarheit die Vergleichbarkeit schwer: Während einige Kommunen den Klimanotstand als symbolischen Akt der Selbstverpflichtung sehen, gehen andere Kommunen weiter und berücksichtigen bei jeder Entscheidung den Klimawandel (vgl. Mau 2019). Dementsprechend stellt der Klimanotstand einen Sammelbegriff dar, der erst in den spezifischen Kontext eingeordnet werden muss.

Als erste deutsche Kommune hat Konstanz am 02.05.2019 den Klimanotstand ausgerufen. Deutschlandweit sind Konstanz 69 weitere Kommunen gefolgt (Stand Mai 2020). In Deutschland ist der Notstandsbegriff umstritten, weil er mit der Notstandsgesetzgebung in der Weimarer Republik und dem Entzug demokratischer Rechte in Verbindung gebracht werden kann. Der Senat von Berlin wählte deswegen den Begriff „Klimanotlage“ während sich Langeoog für „Klimazukunft“ entschied (vgl. Mau 2019; Süddeutsche Zeitung 2019). Grundsätzlich soll mit „Notstand“ aber die nicht aufschiebbare Priorität von Klimaschutzmaßnahmen verdeutlicht werden.

Forschungsstand

Klimaschutz in Kommunen ist ein interdisziplinär behandeltes Thema, welches aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet werden kann. Gegenstand der Forschung sind umweltökonomische und politische sowie pädagogische Fragestellungen. Angestoßen werden diese Fragen meist durch politische Prozesse, wie die *Lokale Agenda 21*, oder durch Förderprogramme für Kommunen, die hinsichtlich ihrer Realisierbarkeit geprüft oder evaluiert werden. Die Forschung wird zumeist durch wissenschaftliche Think-Tanks² betrieben, die unabhängig zu globalen Fragen der Nachhaltigkeit und Umwelt forschen. Das *Ecological Research Network* repräsentiert ein deutsches Netzwerk von acht Instituten der Umwelt- und Nachhaltigkeitsforschung. Nachdem 1992 auf dem Rio-Gipfel die sog. *Lokale Agenda 21*

¹ Auf der Weltklimakonferenz der Vereinten Nationen 2015 in Paris wurde vereinbart, dass die globale Erderwärmung auf deutlich unter 2 °C über dem vorindustriellen Niveau begrenzt werden soll. Dadurch sollen gefährliche Folgen für die menschliche Gesellschaft und natürliche Ökosysteme abgewendet werden (vgl. UNFCCC 2015).

² Think-Tank ist die englischsprachige Bezeichnung von Denkfabrik. Think Tanks sind zumeist privat oder öffentlich finanzierte Forschungsinstitute, die sich mit praxisorientierten Fragestellungen beschäftigen und Empfehlungen an Politik und Verwaltung liefern (vgl. Thunert 2003: 31).

ausgerufen worden ist, beschäftigt sich die wissenschaftliche Community mit der Umsetzung und der Evaluierung der kommunalen Nachhaltigkeitsstrategien. Einen weiteren Eckpfeiler bildet das *Paris-Abkommen* aus dem Jahr 2015, das als Referenzrahmen für kommunalen Klimaschutz gilt und in wissenschaftliche Analysen eingebunden wird.

In der Politikwissenschaft wurde Klima- und Umweltpolitik bisher meist unter der Prämisse der Umweltperformanz untersucht, also die Leistungsfähigkeit einer bestimmten Ebene des politischen Systems, Umweltbelastung zu reduzieren (vgl. Jahn 2016: 680). Die vergleichende Politikwissenschaft möchte herausfinden, welche Faktoren für eine bessere Umweltpolitik ausschlaggebend sind (vgl. Jahn 2016: 681). Elinor Ostrom hat bspw. untersucht, wie Gemeinschaften mit Umweltproblemen umgehen und daraus acht Gestaltungsprinzipien entwickelt, die für eine langfristig nachhaltige Nutzung gemeinschaftlicher Ressourcen notwendig sind. Zuletzt ist der Einfluss einer Mitgliedschaft in einem *transnational municipal climate network* für das Klimaschutzverhalten einer Stadt untersucht worden (siehe Busch 2015). Konstruktivistische Ansätze wiederum haben im Politikfeld der Umweltpolitik weniger Anklang gefunden, sodass die zugrundeliegenden Wissenssysteme und Ideen von umweltpolitischen Entscheidungen/Programmen meist im Verborgenen bleiben. So verhält es sich auch mit dem Klimanotstand in Kommunen. Aufgrund der Aktualität der Ereignisse gibt es bisher nur wenig wissenschaftliche Literatur zum Klimanotstand in Kommunen. Das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung hat Anfang 2020 eine erste Studie zum Vorkommen von Städten mit Klimanotstand herausgebracht (siehe Bernd/Hirschl 2020).

Zielsetzung und Methodik

Wie aus dem Forschungsstand hervorgeht, werden umweltpolitische Prozesse zumeist danach untersucht, ob die Umweltverschmutzung durch eine bestimmte Policy reduziert werden kann. Entscheidend ist meist nicht, wie ein politischer Prozess zu Stande kam oder wie ein Prozess durch einen bestimmten Interaktionsrahmen charakterisiert wird, sondern welche Auswirkungen die Ergebnisse eines politischen Prozesses auf die Umweltperformanz haben. Die vorliegende Arbeit hat zum Ziel, die politische Teilhabe unterschiedlicher Gruppen am Entscheidungsprozess herauszufiltern und stadtspezifische Interaktions- und Institutionsformen in den Blick zu nehmen. Den Ausgangspunkt für diese Arbeit bildet die Frage, wie sich das Image verschiedener städtischer Akteur*innen durch den Ausruf des Klimanotstands verändert hat.

Dafür werden die Städte Konstanz und Marburg betrachtet, die im Mai und Juni 2019 den Klimanotstand ausgerufen haben. Die beiden Städte waren schon vor dem Ausruf im kommunalen Klimaschutz aktiv, was sich z.B. durch die Mitgliedschaft im Städtenetzwerk *Klima-Bündnis* zeigt. Mittels leitfadengestützter Expert*inneninterviews wurden die am Klimanotstand beteiligten Akteur*innen befragt. Zusätzlich wurde die Einschätzung der lokalen und überregionalen Zeitungen bezüglich des Klimanotstands mit einer Literaturrecherche erhoben. Die Fragen für den Leitfaden wurden aus dem theoretischen Rahmen entwickelt, in dem davon ausgegangen wird, dass ein politischer Prozess von den beteiligten Akteur*innen abhängig ist, die durch bestimmte Normen und Werte sowie sozial- oder kognitiv vorgeformtes Wissen geprägt sind. Für die Datenauswertung wurde auf die inhaltlich-strukturierende qualitative Inhaltsanalyse von KUCKARTS zurückgegriffen, mit Hilfe derer die in den Expert*inneninterviews gestellten Fragen zu Hauptkategorien umfunktioniert werden konnten.

Aufbau

Das Eingangskapitel umfasst den theoretischen Rahmen dieser Arbeit. Die Entstehung der Theorie „Soziale Konstruktion und Policy Design“ wird erläutert sowie in das politikwissenschaftliche Feld eingeordnet. Ziel des Kapitels ist es, in die zentralen Konzepte der Theorie einzuführen und die Anwendung auf diese Arbeit darzulegen. Im darauffolgenden

Kapitel (Kapitel 3) wird das methodische Vorgehen vorgestellt und begründet. Nach dem Methodenteil folgen in den Kapiteln 4 und 5 die Auswertung qualitativer Expert*inneninterviews und die Interpretation anhand des theoretischen Rahmens. Das Hauptaugenmerk des Hauptteils liegt auf den am Klimanotstand beteiligten Akteur*innen, deren Interessen sowie den Beziehungen zu anderen Akteur*innen. Im Schlusskapitel werden die durch den Klimanotstand hervorgerufenen Veränderungen geschildert und Hinweise auf Forschungsbedarf gegeben.

2. Soziale Konstruktion und Policy Design

Dieses Kapitel befasst sich mit der Vorstellung und Begründung des theoretischen Rahmens. Nach einer kurzen Einordnung des verwendeten theoretischen Ansatzes in den Stand der Forschung werden zentrale Ziele und Konzepte vorgestellt. Das Konzept der sog. Zielgruppen wird als zentrale Annahme des Ansatzes gesondert eingeführt. Danach wird der theoretische Ansatz kritisch diskutiert und unter Einbezug weiterer Literatur auf das Forschungsthema „Die Politik des Klimanotstands“ angewendet.

2.1 Entstehung und Einordnung

Anfang der 1970er Jahre haben sich aus der Kritik einer objektiven Betrachtung von Institutionen konstruktivistische und interpretative Ansätze herausgebildet. Ein bekannter Vertreter dieser Denkrichtung im deutschsprachigen Raum, Frank NULLMEIER (1997: 110), kritisiert, dass die Herausarbeitung und Betonung institutioneller Faktoren nur möglich waren, weil die ideologische Ebene ausgeblendet wurde. YILDIZ (2016: 254) problematisiert die Rationalisierbarkeit politischer Prozesse und beschreibt die Hinwendung zur subjektiven Ebene politischer Prozesse. Der theoretische Ansatz „Soziale Konstruktion und Policy Design“ ist von den amerikanischen Politikwissenschaftlerinnen Helen INGRAM und Anne L. SCHNEIDER in den späten 1980ern entwickelt worden und wird in der Politikfeldforschung eingesetzt. REITER und TÖLLER (2014: 36) ordnen den Ansatz den wissenspolitologischen Theorien unter, weil von der sozial-diskursiven Konstruiertheit individueller und gesellschaftlicher Wissensbestände, Interessen und Handlungsorientierungen ausgegangen wird. Ebenso ordnet MÜNCH (2016: V) den Ansatz in die interpretative Policy-Analyse ein und begründet ähnlich, dass politische Prozesse und Inhalte als sprachlich vermittelte und geprägte Interpretationsprozesse sowie Interpretationskämpfe verstanden werden. Allgemein bedienen sich konstruktivistische Theorien der Politikfeldanalyse an den Thesen anderer bekannter Theorien, wie denen des Politikerbes, des Machtressourcenansatzes oder den Theorien des Neo-Institutionalismus (vgl. Reiter/Töller 2014: 79).

INGRAM und SCHNEIDER (2007: 94) kritisierten die verkürzte Sicht der Sozialwissenschaften auf empirische und objektive Studien. Ihr Modell setzt einen Schwerpunkt auf die kontextuelle Fülle und die kritische Betrachtung von politischen Problemen und Bereichen.

2.2 Ziele und zentrale Konzepte

“[...] How and why [are] particular kinds of policies produced in particular contexts and how these shape subsequent participation patterns, political orientations, meanings of citizenship, and the form of democracy that prevails[?]” (deLeon/Ingram/Schneider 2007: 119).

Das obige Zitat stellt die zentrale Forschungsfrage und gleichzeitig auch das Ziel des theoretischen Ansatzes „Soziale Konstruktion und Policy Design“ dar. INGRAM und SCHNEIDER (2007: 119) fragen nach dem spezifischen Umfeld, das eine politische Entscheidungsfindung beeinflusst. Das spezifische Umfeld wird durch das Zusammenspiel von politischen Entscheidungsträger*innen und gesellschaftlichen Gruppen spezifiziert. Weiterhin gehen sie davon aus, dass ein Umfeld sozial und politisch konstruiert ist, sodass eine politische Ent-

scheidungsfindung keinen gradlinigen Prozess darstellt, sondern das Zusammenwirken von verschiedenen Wirklichkeitsvorstellungen.

Abbildung 1 stellt den Zusammenhang zwischen einem politischen Entscheidungsprozess, den beteiligten Institutionen und der politischen Kultur in Zusammenspiel mit sog. Zielgruppen dar. Der obere Kreis steht für die bestehenden Policies, denen eine gewisse Zuteilung von Vorteilen und Nachteilen inhärent ist und die sich auf die bestimmten Zielgruppen auswirken. Probleme werden je nach Kontext und politischer Einflussnahme unterschiedlich definiert. Die beteiligten Institutionen formulieren eine gewisse Art von Regeln, die sich auch in den Begründungen und der kausalen Logik des politischen Inhalts wiederfinden. Abschließend werden Botschaften an Öffentlichkeit, politische Entscheidungsträger*innen und Zielgruppen gesendet.

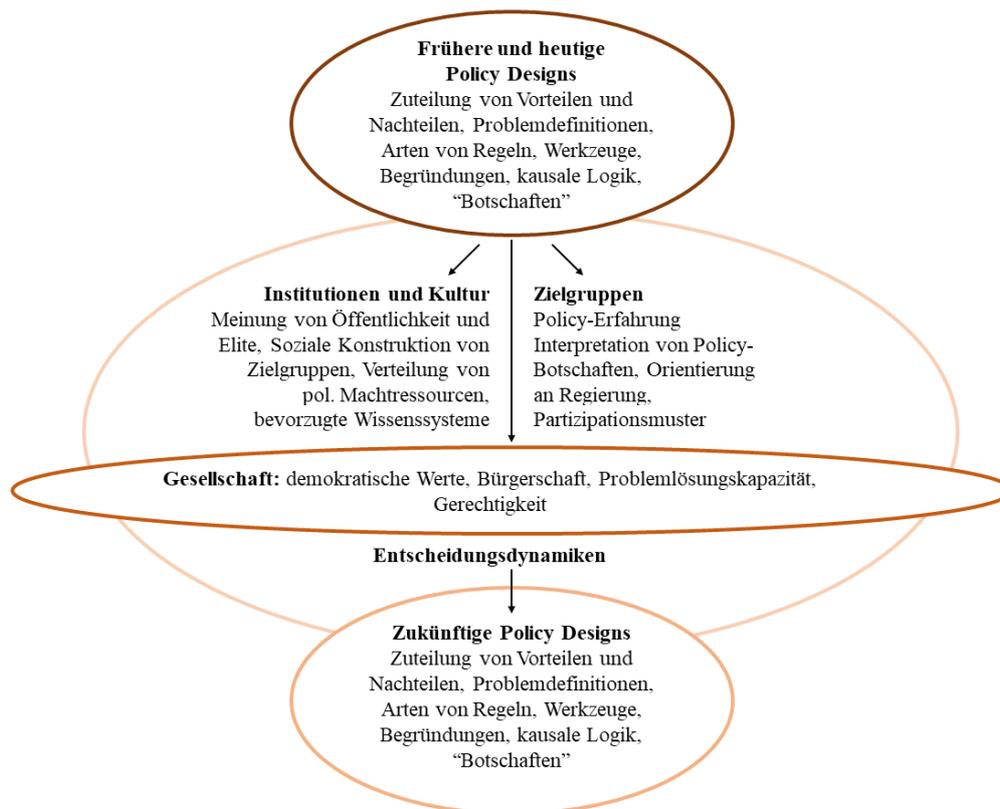


Abbildung 1: Soziale Konstruktion und Policy Design³

In der Mitte der Abbildung sind die Institutionen und die politische Kultur sowie die Zielgruppen angeordnet. Mit Institutionen und Kultur sind einerseits die Meinung von Öffentlichkeit und politischer Elite und andererseits die soziale Konstruktion von Zielgruppen gemeint. Zielgruppen werden nicht nur durch die politischen Entscheidungsträger*innen dargestellt und konstruiert, sondern auch durch die öffentlichen Medien und die politische Kultur. In der Sphäre der Institutionen und der politischen Kultur werden die politischen Machtressourcen verteilt und es ergeben sich bevorzugte Wissenssysteme. Wissenssysteme setzen sich durch Wissen, Ideen und Wirklichkeitsdeutungen der beteiligten Akteur*innen zusammen und werden durch Normen und Werte sowie kulturell, sozial oder kognitiv vorgeformtes Wissen gefüllt und beeinflusst (vgl. Reiter/Töller 2014: 80). In Abhängigkeit von der politischen Ebene und dem Ort, an dem ein Entscheidungsprozess ausgehandelt und konstruiert wird, ergeben sich unterschiedliche Policies.

³ Eigene Darstellung in Anlehnung an deLeon/Ingram/Schneider 2007: 94.

Auf der anderen Seite stehen die verschiedenen Zielgruppen, die von bestehenden Policy-Designs beeinflusst werden. In Abhängigkeit des für die Gruppe positiven oder negativen Policy-Designs, fällt die Beziehung zur politischen Elite und die Handhabung der Policy unterschiedlich aus. Ähnlich verhält es sich mit dem Partizipationsmuster einer gesellschaftlichen Gruppe: Gruppen, die positiv konstruiert werden, bringen sich eher in den politischen Entscheidungsprozess ein und werden sich auch stärker an der Regierung orientieren als Gruppen, die negativ dargestellt sind. (Vgl. deLeon/Ingram/Schneider 2007: 99)

Die Sphäre der Gesellschaft setzt sich aus den gesellschaftlichen Gruppen, den Institutionen und der politischen Kultur zusammen, da sich eine Gesellschaft unabhängig von Zuschreibungen und Konstruktionen aus Individuen zusammensetzt, die durch bestimmte Werte und Normen geleitet sind. Die Gesellschaft wird außerdem durch die Problemlösungskapazität und das Maß an Gerechtigkeit charakterisiert. Problemlösungskapazität und Gerechtigkeit wiederum stehen in Konflikt zu einer negativen oder positiven Konstruktion von Zielen, Problemen und Gruppen. Dieser Konflikt äußert sich in der Kapazität und dem Gerechtigkeitsempfinden der Gesellschaft, Zuschreibungen und Problemdefinitionen kritisch zu hinterfragen und anzufechten.

Die genannten Komponenten einer Gesellschaft wirken auf die Entscheidungsdynamiken einer neuen Policy hin, sodass sich in der neuen Policy Zuschreibungen und Konstruktionen von Institutionen und politischer Kultur auf die Zielgruppen und andersherum wiederfinden.

REITER und TÖLLER fassen den Prozess als eine interaktive, politisch-soziale Konstruktion von Politiken zusammen, in dem Einfluss auf das Handeln von Akteur*innen innerhalb von Institutionen und von gesellschaftlichen Gruppen genommen wird. Besonders die Akteur*innen innerhalb der Institutionen bestimmen so über die Verteilung politischer Handlungsressourcen und die Verteilung von Aufmerksamkeit. Das wiederum hat Auswirkungen auf den politischen und sozialen Diskurs und die Entscheidungs- „Kultur“ im politischen Gemeinwesen. (Vgl. Reiter/Töller 2014: 80)

2.3 Zielgruppen

Ein zentrales Konzept der Theorie von INGRAM und SCHNEIDER (2007) stellt die politische Konstruktion von Zielgruppen dar. Die beiden Politikwissenschaftlerinnen haben ein Kategoriensystem entwickelt, in welches sich vier verschiedene Zielgruppen einordnen lassen. Die zentrale Annahme ist, dass verschiedene Gruppen unterschiedlich stark von politischen Entscheidungen profitieren.

„Die Begünstigten“ haben einen großen Einfluss und sind positiv konstruiert. Sie erhalten politische Ressourcen ohne Notwendigkeitsnachweis und werden nicht als Bittsteller*innen angesehen. Sollte eine Entscheidung zur Abwechslung nicht zu ihren Gunsten ausfallen, können sie eine private Alternative organisieren. Die Gruppe beeinflusst das Agenda-Setting und andersherum wird diese Gruppe im Agenda-Setting positiv konstruiert. Die „Gruppe der Herausforderer“ ist zwar politisch mächtig, aber negativ konnotiert. Oftmals sind die Herausforderer Lobby- oder Interessengruppen, die durch eine Entscheidung entweder profitieren oder verlieren. Auf der anderen Seite konstituiert sich die „Gruppe der Abhängigen“, die zwar politisch schwach, aber positiv dargestellt wird. Unter dieser Gruppe können jene Menschen charakterisiert werden, die nicht die Möglichkeit besitzen, sich politisch einzusetzen, deren Anliegen jedoch wahrgenommen werden. Beispielhaft können migrantische Arbeitskräfte und Alleinerziehende genannt werden. Politische Entscheidungsträger*innen setzen sich für diese Gruppen ein. Dies ist meistens nur symbolischer Art, weil übergeordnete Strukturen verändert werden müssten, die nicht in der Hand der*des jeweiligen politischen Akteur*in liegen. Zuletzt wird die „deviante Gruppe“ dargestellt. Die „Devianten“ weichen von der sozialen Norm ab und sind politisch schwach.

Im politischen Prozess wird die Gruppe negativ konstruiert und Entscheidungen für diese Gruppe werden als unvermeidbar dargestellt. (Vgl. Münch 2016: 120f.)

Die Gegensätze *schwach* und *mächtig* sowie *negativ* und *positiv* werden verwendet, um die vier Kategorien möglichst gut voneinander unterscheiden zu können. In der Realität gibt es einige politische Akteur*innen und Gruppen, die nicht klar einer der vier Kategorien zugeordnet werden können. Die Zuschreibung einer Zielgruppe mit Schwäche oder Macht kann in diesem Ansatz nicht einfach mit starker oder schwacher politischer Einflussnahme gleichgesetzt werden, da die Adjektive die Ressourcen der Gruppe repräsentieren. Als Folge wird Ungerechtigkeit und Ungleichheit hergestellt. Komponenten wie Gerechtigkeit und Gleichheit sind zentral für den Ansatz „Soziale Konstruktion und Policy Design“ und verknüpfen politische Entscheidungsprozesse, Zielgruppen und demokratische Werte.

Abschließend lässt sich festhalten, dass durch die politische und soziale Konstruktion von Zielgruppen die Auswahl politischer Ziele und Instrumente einer öffentlichen Intervention auf Zielgruppen festgelegt wird. Dadurch manifestiert sich das Konstrukt zwischen guten vs. schlechten Zielen bzw. guten vs. schlechten Gruppen, was sich auf spätere Optionen der politischen Ziel- und Instrumentenauswahl auswirkt. (Vgl. Reiter/Töller 2014: 81)

2.4 Anwendung

Wie kann der Ansatz „Soziale Konstruktion und Policy Design“ im Rahmen dieser Bachelorarbeit zur Politik des Klimanotstands angewendet und eingeschränkt werden? Warum wurde im Kontext Klimanotstand in Kommunen dieser Ansatz gewählt? Beginnend mit der Hypothese, dass am Klimanotstand vor allem Akteur*innen beteiligt waren, die über eine gute Allgemeinbildung verfügen und materiell abgesichert sind, sollen die beiden Fragen und die Hypothese im folgenden Abschnitt geklärt werden.

Zuerst wird die Anwendung auf die politische Ebene dargelegt. In dieser Arbeit wird die politische Ebene der Kommune bzw. Stadt untersucht. Deswegen müssen neben den bereits getroffenen Annahmen zur Konstruktion von Policy-Zielgruppen auch Annahmen zum kommunalen bzw. städtischen Rahmen getroffen werden. In Städten bilden sich spezifische Interaktions- und Institutionsformen heraus, die durch nationale Rahmenbedingungen, spezifische Akteur*innen- und Interessenkonstellationen und lokalpolitische Kulturen beeinflusst werden (vgl. Barbehön 2014: 208). MÜNCH (2014: 174) fragt zum Beispiel, wer in einer Stadt benannt oder voneinander unterschieden wird. Dementsprechend wird städtische Vielfalt durch Unterscheidungen konstruiert.

Obwohl der anthropogene Klimawandel ein feststehendes Faktum ist, welches durch Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen bewiesen worden ist, sowie durch zahlreiche internationale Organisationen bestätigt wird, gibt es zahlreiche gesellschaftliche Diskurse und Konflikte zum Thema Klimawandel. In Anlehnung an den hier gewählten Ansatz können die gesellschaftlichen Diskurse und Konflikte zum Thema Klimawandel als sozial und politisch konstruiert gesehen werden.

INGRAM und SCHNEIDER (2007) haben fünf Annahmen aufgestellt, die den politischen Entscheidungsprozess charakterisieren. Die Annahmen wurden zum Teil im vorangegangenen Kapitel dargestellt, sollen hier aber auf den Klimanotstand in Kommunen angewendet werden.

“Policy designs structure opportunities and send varying messages to differently constructed target groups about how government behaves and how they are likely to be treated by government. Both the opportunity structures and the messages impact the political orientations and participation patterns of target populations.” (deLeon/Ingram/Schneider 2007: 98).

Wie vorangehend deutlich wurde, stellt das Policy-Design einen Prozess der Konstruktion von Politiken dar, der sich auf unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen ungleichmäßig auswirkt. Begründet wird diese These durch US-amerikanische Studien oder die Beschreibung von Gesetzen, die zum Beispiel ehemaligen Verbrechern und Verbrecherinnen oder auch nur Verdächtigten nicht erlaubt, wählen zu gehen (vgl. deLeon/Ingram/Schneider 2007: 99). Im Verlauf der Arbeit wird sich herausstellen, ob eine Theorie, die hauptsächlich im US-amerikanischen Kontext angewendet wird, auch für Klimapolitik im kommunalen Raum in Deutschland geeignet ist. WEIDNER (2007: 470f.) jedenfalls schreibt, dass soziale Gleichheits- und Gerechtigkeitsnormen stärker in der deutschen Gesellschaft verankert sind als in der US-amerikanischen Gesellschaft. Demnach muss davon ausgegangen werden, dass das Ausmaß ungerechter und ungleichmäßiger Policies geringer ausfällt als in den USA, weil die deutsche Gesellschaft durch ein stärkeres Gerechtigkeitsempfinden geprägt ist (vgl. ebd.).

“The allocation of benefits and burdens to target groups in public policy depends upon their extent of political power and their positive or negative social construction on the deserving or undeserving axis.” (deLeon/Ingram/Schneider 2007: 101).

In dieser Hypothese wird noch einmal der Gegensatz zwischen Nutzen oder Bürde einer Policy deutlich gemacht, welche auf die Zielgruppen – je nach politischer Macht und Konstruktion – unterschiedlich verteilt werden. Auch wird hier die Verbindung zum Konzept der Zielgruppen geknüpft. Die „begünstigte Gruppe“ ist für die kommunale Klimapolitik nur in Teilen zutreffend, weil es keine gesellschaftliche Gruppe gibt, die unabhängig zum Regierungshandeln für allumfassenden Klimaschutz sorgen könnte. Dafür ist Klimaschutz und Klimapolitik mit zu vielen gesellschaftlichen Bereichen besetzt, wie z.B. Transport, Energieversorgung und Wohnen. Des Weiteren ist der Nutzen von Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen nicht unmittelbar messbar. Haussanierungen machen sich zwar in der Energiebilanz einer Stadt sichtbar, dennoch stellen sie nur einen kleinen Schritt im gesamten Klimahandeln dar. Die umweltökonomische Forschung stellt Klima und Umwelt als unteilbare, öffentliche Güter dar, die sich weder durch bestimmte Gruppen abgrenzen lassen noch vor nationalen Grenzen haltmachen. Umweltpolitische Erfolge lassen sich deswegen keinem abgrenzbaren Kollektiv anrechnen, wodurch sich die Wahrscheinlichkeit schwächt, dass sich Individuen zu Umweltgruppen zusammenfinden (vgl. Böcher/Töller 2012: 124). Die Kategorisierung der „Gruppe der Begünstigten“ ist deswegen für die kommunale Umweltpolitik nur begrenzt anwendbar.

Die „Gruppe der Herausforderer“ kann teilweise durch die *Fridays for Future*-Bewegung charakterisiert werden, weil sie in relativ kurzer Zeit Tausende von Jugendlichen mobilisieren konnte, um gegen die Klimapolitik der Bundesrepublik zu demonstrieren. Die Bewegung ist sowohl negativ als auch positiv konnotiert und hat sich in den Kommunen unterschiedlich stark in den Entscheidungsprozess einbringen können, sodass an Fallbeispielen geprüft werden muss, ob die *Fridays for Future*-Bewegung zur Kategorie der Herausforderer passt.

Für abhängige und deviante Bevölkerungsgruppen können in diesem Stadium der Arbeit nur bedingt Aussagen getroffen werden, da abhängige Bevölkerungsgruppen in der Klimapolitik meist durch sozial benachteiligte Teile der Bevölkerung dargestellt werden. Diese stehen den Klimaschutzmaßnahmen zwar positiv gegenüber, äußern sich aber besorgter zu den Themen sozialer Gerechtigkeit und Teilhabechancen (vgl. BMU 2019: 82). Politische Entscheidungsträger*innen, die der Klimapolitik nicht zustimmen, argumentieren meist mit der sozialen Komponente, die nicht außer Acht gelassen werden dürfe.

Sollte eine Klima- bzw. Umwelt-Policy besonders weitreichend ausfallen, könnten die Klimawandelleugner*innen der Gruppe der Devianten zugeordnet werden, weil sie im Aushandlungsprozess nicht stark genug waren und von der allgemeinen Öffentlichkeit als negativ konstruiert wurden.

“Policy design elements, including tools, rules, rationales, and delivery structures, differ according to the social construction and power of target groups.” (deLeon/Ingram/Schneider 2007: 104).

Im Kontext der kommunalen Klimapolitik kann hier die These aufgestellt werden, dass ein Klimanotstandsbeschluss besonders weitreichend ausfällt, wenn die am Klimanotstand beteiligten Akteur*innen die gleichen Interessen verfolgen und die gegenseitige Haltung positiv ist.

“Policymakers, especially elected politicians, respond to, perpetuate, and help create social constructions of target groups in anticipation of public approval or approbation.” (deLeon/Ingram/Schneider 2007: 106).

Hier kann im Kontext des Erstarkens der Klimabewegungen argumentiert werden, dass politische Entscheidungsträger*innen diese Gruppen weiter unterstützen werden, wenn diese Gruppen von der Öffentlichkeit positiv wahrgenommen werden. Die Handlungen gewählter Volksvertreter*innen sind nämlich einerseits abhängig von der Lösung des wahrgenommenen Problems und der Wiederwahl (vgl. Münch 2014: 120). Sollte eine breite Öffentlichkeit gegen die Klimabewegungen oder das Ziel des besseren Klimaschutzes sein, werden politische Entscheidungsträger*innen darauf reagieren und keine weiteren Schritte im Klimaschutz gehen. Böcher und Töller (2012: 124) fügen hinzu, dass der Grad und die Ausprägung der umweltbezogenen Einstellungen bestimmen, inwieweit umweltpolitische Maßnahmen von Wählern und Wählerinnen nachgefragt werden. Damit beeinflussen sie die Wertschätzung umweltpolitischer Maßnahmen unter den politischen Entscheidungsträger*innen, die sich in einer spezifischen Auswahl umweltpolitischer Maßnahmen und Instrumenten auswirkt (vgl. ebd.).

“Social constructions of target groups can change, and public policy design is an important, though certainly not singular, force for change. The seeds for altering social constructions can often be found in the unanticipated or unintended consequences of previous policy designs.” (deLeon/Ingram/Schneider 2007: 108).

Mit dieser These wird gleichzeitig auch die Kritik am theoretischen Ansatz aufgearbeitet. Im Grunde kann der Ansatz nicht erklären, wie eine veränderte soziale Konstruktion von verschiedenen Zielgruppen zu Stande kommt bzw. wie eine Gruppe von einer Zelle im Kategoriensystem in eine andere gelangt, da von einer sog. Pfadabhängigkeit ausgegangen wird (vgl. deLeon/Ingram/Schneider 2007: 119). Das Prinzip der Pfadabhängigkeit wird von YILDIZ (2016: 254) als langwieriger Konstruktionsprozess charakterisiert, in dem Institutionenbildungen nur erfolgreich verlaufen, wenn sie auf Grundlage eines Rückbezugs zu kollektiv geteilten Symbolen und Werten organisiert werden. MÜNCH (2016: 122) nimmt Bezug auf diese These, indem sie dramatische externe Ereignisse für die Veränderung einer Konstruktion einer gesellschaftlichen Gruppe verantwortlich macht. Das Erstarken der Klimabewegungen in Deutschland kann in diesem Kontext mit den Dürresommern 2017/18 in Verbindung gebracht werden, da der Klimawandel hier vermeintlich das erste Mal für die deutsche Bevölkerung erfahrbar wurde⁴. Um der schlechten Erklärbarkeit von einer veränderten Konstruktion von Zielgruppen zu entgehen, wird sich diese Analyse primär um die Aushandlungsprozesse seit Erstarken der Klimabewegung drehen.

Auf der Grundlage der theoretischen Annahmen, soll die gestellte Eingangsthese nochmal begründet und in die weiteren Kapitel eingeleitet werden. Es ist anzunehmen, dass der Klimanotstand von Akteur*innen herbeigeführt wurde, die über eine gute Allgemeinbildung verfügen und materiell abgesichert sind. Klimawandelleugner*innen wiederum verstehen den

⁴ In der Umweltpsychologie wird davon ausgegangen, dass Individuen den Klimawandel als etwas Abstraktes wahrnehmen, das die Menschheit erst in der Zukunft bedrohen wird (vgl. Steg/de Groot/van den Berg 2019: 333).

Nutzen klimaschonender Maßnahmen nicht und bestreiten den Klimawandel. Als letzte Gruppe können sozial benachteiligte Teile der Bevölkerung genannt werden, die sozial in Klimaschutzprozesse inkludiert werden müssten. Die eingangs angesprochenen Akteur*innen ergeben sich aus verschiedenen Forschungen zu deutschen Umweltbewegungen, dem Umweltbewusstsein in Deutschland und den Charakteristika der *Fridays for Future*-Bewegung, welche im Folgenden vorgestellt werden.

Das BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND NUKLEARE SICHERHEIT (BMU) veröffentlicht in einem zweijährigen Rhythmus eine Studie zu der Umwelteinstellung der deutschen Bevölkerung. Beim aktiven Umweltverhalten können insbesondere das „Kritisch-Kreative Milieu“ und die sog. „Jungen Idealisten“ hohe Werte erzielen, die sich durch eine mittlere oder höhere Formalbildung sowie ein mittleres, gehobenes oder überdurchschnittliches Einkommen auszeichnen (vgl. BMU 2019: 79f.). Zwei Studien zu den Teilnehmenden an den *Fridays for Future*-Demonstrationen haben ergeben, dass die erwachsenen Teilnehmenden überwiegend gut gebildet (Universitätsabschluss) und die jungen Teilnehmenden überwiegend aus Elternhäusern kommen, die mindestens einen Hochschulabschluss vorweisen können (vgl. de Moor et al. 2020: 4). In qualitativen, nicht repräsentativen Interviews hat BOSSE (2019: 169f.) herausgefunden, dass Geldmangel in umweltpolitischen Basisgruppen kaum problematisiert wird und Beiträge meist privat oder durch Spendensammlungen unter den eigenen Mitgliedern aufgebracht werden. Zentrale immaterielle Ressourcen stellen für die Gruppenmitglieder neben Begeisterung und Energie auch Ressourcen wie Kompetenzen, Netzwerke und Wissen sowie Zeit dar (vgl. ebd.: 170).

Diese drei Studien unterstreichen, dass dem Engagement in umweltpolitischen Gruppen meist eine gewisse Wissens- und Kompetenzaneignung vorausgeht, die sozial benachteiligten Gruppen verwehrt bleibt. Der zweite Teil der These zielt auf die sozial benachteiligten Gruppen ab, weil sich klimapolitische Maßnahmen oft negativ auf sie auswirken und sozioökonomische Konsequenzen dieser Maßnahmen in den Hintergrund gedrängt werden (vgl. Weidner 2007: 458).

Insgesamt soll diese These zwischen den angesprochenen Zielgruppen differenzieren und soziale Ungerechtigkeiten berücksichtigen, um damit dem Ziel des theoretischen Ansatzes „Soziale Konstruktion und Policy Design“ gerecht zu werden, soziale Ungleichheit abzubauen sowie aktive Bürger*innenbeteiligung zu fördern (vgl. deLeon/Ingram/Schneider 2007: 120). Die getroffenen Annahmen werden nachfolgend auf die kommunalen Fallbeispiele im Klimaschutz bezogen.

3. Methodisches Vorgehen

Die im theoretischen Rahmen dieser Arbeit getroffenen Annahmen müssen nun mit einem geeigneten methodischen Vorgehen empirisch untersucht und überprüft werden. Dafür wird als erstes das Untersuchungsdesign vorgestellt und begründet. Anschließend wird das gewählte Erhebungsinstrument beschrieben und auf den Untersuchungskontext angepasst. Dazugehörige Schritte, wie die Leitfadenskonstruktion, die Fallauswahl, der Feldzugang und die Kontaktaufnahme sowie die Interviewsituation werden kurz benannt und in Zusammenhang mit der Untersuchung begründet. Anschließend folgt eine Beschreibung des verwendeten Auswertungsinstruments, der qualitativen Inhaltsanalyse. Zuletzt wird die Methodenwahl kritisch hinterfragt und die Einhaltung qualitativer Gütekriterien abgewogen.



Abbildung 2: Methodisches Vorgehen⁵

Um den interpretativen und konstruktivistischen Elementen des theoretischen Rahmens gerecht zu werden, wurde der qualitative Vergleich zweier Kommunen gewählt. Dadurch ist eine besonders facettenreiche und tiefgründige Beschreibung der Konstruktion von Politik möglich (vgl. Blatter/Langer/Wagemann 2018: 216). Außerdem kann ein qualitativer Vergleich mit der Aktualität der Klimanotstandpolitik und der noch am Anfang stehenden Forschung begründet werden. Innerhalb der qualitativen Forschung ist das interpretative Paradigma hervor zu heben, welches gesellschaftliche Wirklichkeit nicht als objektiv gegeben ansieht, sondern welches in verschiedene Deutungs- und Handlungsprozesse eingebettet ist, was auch als symbolischer Interaktionismus verstanden wird (vgl. Blatter/Langer/Wagemann 2018: 34f.). Im Fokus interpretativer Arbeiten steht die Bedeutung, die Akteur*innen Dingen beimessen. Im Rahmen kommunaler Klimapolitik kann das die Bedeutung sein, die junge Menschen dazu veranlasst in einer Klimabewegung mitzuwirken.

Um die im theoretischen Teil aufgekommenen Fragen beantworten zu können, wurde eine Literaturrecherche betrieben und zusätzlich eine Felduntersuchung mittels leitfadengestützter Expert*inneninterviews vorgenommen. Die Expert*inneninterviews eignen sich in diesem Kontext, weil davon ausgegangen wird, dass dem Gesagten inhärente Zuschreibungen besser sichtbar werden, wenn Mitglieder bestimmter Gruppen allein interviewt werden.

*Erhebungsinstrument Expert*inneninterviews*

BOGNER, LITTIG und MENZ (2009) sowie GLÄSER und LAUDEL (2010) geben nützliche Informationen zu den theoretischen Grundlagen und der praktischen Anwendung von Expert*inneninterviews, auf die sich größtenteils bezogen wurde.

Zur Beantwortung der Forschungsfragen wurden Personen ausgewählt, die an der Ausrufung des Klimanotstandes beteiligt waren und sich im kommunalen Klimaschutz engagieren. Sie können einerseits Auskunft, über die am Entscheidungsprozess zum Klimanotstand beteiligten Akteur*innen geben und andererseits Deutungen zu den Beziehungen der beteiligten Akteur*innen und der Akzeptanz der Öffentlichkeit geben. Die Interviewpartner*innen sind damit als Expert*innen zu verstehen, die im Bereich des kommunalen Klimaschutzes als Quelle von Spezialwissen dienen (vgl. Littig 2009: 121).

Leitfadengestützte Expert*inneninterviews wurden gewählt, um eine größere Vergleichbarkeit zwischen den verschiedenen Interviews und den Fällen herzustellen. Offen gestellte Fragen geben Erzählanstöße und sollen einer monotonen Frage-Antwort Situation vorbeugen. Die Interviews wurden aufgrund der Corona-Pandemie⁶ per Video- oder Telefonkonferenz geführt.

Leitfadenkonstruktion

Der Leitfaden wurde in Anlehnung an, die von GLÄSER und LAUDEL (2010) gegebenen Hilfestellungen konstruiert.

⁵ Eigene Darstellung.

⁶ Die Corona-Pandemie charakterisiert den weltweiten Ausbruch der Atemwegserkrankung COVID-19 im Januar 2020. Zur Zeit der Bearbeitung dieser Bachelorarbeit mussten soziale Kontakte auf das allernötigste reduziert werden, sodass Interviews nur per Video- oder Telefonkonferenz geführt werden konnten.

Die im 2. Kapitel entwickelten Annahmen und Forschungsfragen dienten zur Konstruktion des Leitfadens, der sich in drei Themenblöcke gliedert. Dabei war zu beachten, dass die entwickelten Annahmen nicht eins-zu-eins in Fragen umgewandelt werden, sondern Fragen entwickelt werden, die zur Beantwortung der Forschungsfrage hinführen und gleichzeitig offen für neue Aspekte sind. Je nachdem welche Stellung die Expert*innen einnehmen, wurden die Fragen unterschiedlich formuliert.

In einem ersten Frageblock sind offene Fragen zum Zustandekommen des Klimanotstands, zu früheren Verfahren der Bürger*innenbeteiligung sowie zur Rolle der interviewten Person im kommunalen Klimaschutz gestellt worden, die auf das Interview einstimmen sollten. In zwei weiteren Frageblöcken wurden nicht thematisierte Aspekte der ersten Fragerunde aufgegriffen. Es wurde nachgefragt, welche gesellschaftlichen Gruppen die Expert*innen jeweils im Prozess der Klimanotstandspolitik identifizieren konnten, um einen Überblick über die interessierenden Zielgruppen, deren Interessen und Beziehungen zu bekommen. Der zweite und dritte Frageblock sind inhaltlich in die Entscheidungsprozesse vor und nach dem Klimanotstand gegliedert, um die Unterschiede der beiden Situationen herauszufiltern. Der Leitfaden schließt im zweiten und dritten Block mit offenen Fragen, um den Interviewten die Möglichkeiten zu geben, andere für sie wichtige Aspekte zu nennen.

Fallauswahl

Interpretative Ansätze und Methoden lassen die Fallauswahl sehr offen, sodass auf die Methoden vergleichender Fallstudien zurückgegriffen wird, um eine gut begründete Fallauswahl zu gewährleisten. Zur Auswahl der Fälle wurde die Methode *most similar design with different outcome* gewählt (vgl. Blatter/Langer/Wagemann 2018: 221f.). Die beiden Fälle unterscheiden sich hierbei in den Ergebnissen der Klimanotstandspolitik. Dabei sollten sich die beiden Fälle auf potenziell relevante alternative Einflussfaktoren möglichst wenig unterscheiden (vgl. ebd.). Eine Literaturrecherche hat ergeben, dass folgende alternative Einflussfaktoren auf die Ergebnisse der Klimanotstandsbeschlüsse wirken können:

1. Die schwierige finanzielle Situation vieler Kommunen wirkt sich auf die klimapolitischen Maßnahmen der Städte aus (vgl. Reiter/Töller 2014: 170).
2. Die Mitgliedschaft in einem oder mehreren sog. *transnational municipal climate networks* (TMCNs) erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass europäische Kommunen eine eigene Klimastrategie und lokale Klimapolitik erlassen (vgl. Busch 2015: 225).

Bei der Auswahl der Fälle sollte also berücksichtigt werden, dass Kommunen gewählt werden, deren finanzielle Lage und Mitgliedschaft(en) in einem oder mehreren TMCNs sich möglichst ähneln.

In Deutschland wurde der Klimanotstand von insgesamt 69 Kommunen (Stand Mai 2020) ausgerufen (vgl. Wikipedia 2020)⁷. Davon sind 28 Städte der Kategorie Großstädte (> 100.000 Einwohner*innen) zuzuordnen, 27 Städte der Kategorie der Mittelstädte mit weniger als 100.000 Einwohner*innen und 14 Städte stellen Kleinstädte mit weniger als 20.000 Einwohner*innen dar (vgl. BBSR 2020). Die Betrachtung der Mittelstädte gestaltet sich hier besonders interessant, da in der bisherigen Forschung größtenteils Großstädte untersucht wurden und die Anzahl der Klimanotstand-Mittelstädte die Anzahl aller bundesdeutschen Mittelstädte repräsentiert (vgl. Busch 2015: 217; IOEW 2019: 2015). Die 27 Mittelstädte sind nach Haushaltssituation und der Mitgliedschaft eines TMCNs geordnet worden. Daraus konnten verschiedene Paare gebildet werden, von welchen das Paar Marburg – Konstanz am besten geeignet ist. Marburg und Konstanz haben im Jahr 2017 einen überschüssigen Haushalt erwirtschaftet und sind beide Mitglieder des TMNs Klima-Bündnis (vgl. Klima-Bündnis

⁷ Wikipedia bietet derzeit die einzige und umfassendste Übersicht über die derzeitigen Klimanotstandkommunen in Deutschland, weswegen diese Quelle zur weiteren Fallauswahl gewählt wurde.

2020; Stadt Konstanz 2019a; Universitätsstadt Marburg 2019a). Beide Städte sind durch die Universität und die ansässigen Firmen der Pharmaindustrie geprägt. Der Klimanotstandsbeschluss der beiden Städte unterscheidet sich, da Marburg sich neben dem Klimavorbehalt⁸ auch die Entwicklung eines Klimaaktionsplan und das Ziel bis 2030 klimaneutral zu werden, gesetzt hat (vgl. Universitätsstadt Marburg 2019b). Im Konstanzer Beschluss hingegen wird der Klimavorbehalt genannt (vgl. Stadt Konstanz 2019b: 6).

Feldzugang und Kontaktaufnahme

Nachdem die beiden Fälle Marburg und Konstanz festgelegt waren, wurden die Ansprechpartner*innen der Verwaltungen der beiden Städte per E-Mail für ein Interview angefragt. Ausgehend von diesen Interviews, konnten vier weitere Gesprächspartner*innen aus Zivilgesellschaft und Verwaltung für ein Interview gewonnen werden. Der Zeitraum von Kontaktaufnahme bis Interviewführung hat sich auf ca. 1,5 Monate erstreckt. Aus Zeitgründen wurde darauf verzichtet, Interviews zu führen, bis es keine neuen Informationen mehr gab, was bei den Ergebnissen dieser Arbeit berücksichtigt werden muss.

Interviewsituation

Vor dem Interview wurde sich noch einmal kurz vorgestellt und das Ziel dieser Bachelorarbeit erläutert. Sodann wurde der/die Interviewte über die anonyme Behandlung der gewonnenen Daten informiert und das Einverständnis zur Verwendung der erhobenen Daten sowohl mündlich als auch schriftlich eingeholt. Danach folgte die etwa 30-minütige Interviewsituation, in der versucht wurde, die Regeln der Gesprächsführung umzusetzen, um einen möglichst natürlichen Gesprächsverlauf zu erzeugen. Nachdem Interview konnten offene Fragen geklärt werden und manche Interviewten haben ihr Interesse an den Forschungsergebnissen geäußert. In Anlehnung an GLÄSER und LAUDEL (2009: 192) wurde nach jedem Interview ein Interviewbericht⁹ angefertigt, in dem die Rahmenbedingungen (Interviewvereinbarung, Besonderheiten, Interviewführung, nach dem Interview) des jeweiligen Interviews vermerkt sind. Diese müssen insbesondere vermerkt werden, wenn der Verdacht besteht, das Befragte z.B. sozial erwünscht geantwortet haben.

Transkription

KUCKARTS (2014: 136) stellt ein sog. einfaches Transkriptionssystem vor, welches an die Transkriptionsregeln von Dresing und Pehl (2011) angelehnt ist und für diese Arbeit verwendet wird. Die Interviews sind mit der Software MAXQDA vollständig transkribiert worden.

Auswertungsinstrument Qualitative Inhaltsanalyse

Für die Analyse der erhobenen Daten wurde eine qualitative Inhaltsanalyse in Anlehnung an die von Kuckarts (2014: 77) beschriebene „inhaltlich strukturierende qualitative Inhaltsanalyse“ gewählt. Diese Form der Inhaltsanalyse eignet sich für die deduktiv-induktive Kategorienbildung, weil in einer ersten Phase Kategorien direkt aus dem theoretisch basierten Interviewleitfaden gebildet und diese am Material durch die Bildung von Subkategorien spezifiziert werden. Damit soll dem Anspruch der Offenheit gerecht werden, dass die Auswertungskategorien nicht nur aus dem Stand der Forschung und den theoretischen Vorannahmen abgeleitet werden, sondern auch am Material selbst. Des Weiteren ist bei der Erhebung aufgefallen, dass die theoretischen Vorannahmen nicht ausreichen, um der Ganzheit der beiden Fälle gerecht zu werden. Die konkrete Umsetzung der Inhaltsanalyse erfolgte mit MAXQDA. Wichtig erscheinende Textpassagen wurden in einem ersten Schritt paraphrasiert

⁸ Der Klimavorbehalt wird im Zusammenhang mit einer verpflichtenden Prüfung aller kommunalen Maßnahmen auf ihre Klimawirkung genannt (vgl. Hirschl/Pfeifer 2020: 5).

⁹ Die Interviewberichte sind auf dem der Bachelorarbeit angehängten USB-Stick zu finden.

und in Anlehnung an die Forschungsfragen zusammengefasst. Daraufhin wurden die thematischen Hauptkategorien entwickelt und diese anhand eines Interviews probe codiert. Während dieses Prozesses sind Subkategorien in das Kategoriensystem mitaufgenommen worden. Danach erfolgte der Codier Prozess. Die codierten Textsegmente sind dann fallweise zusammengefasst worden. Abschließend folgte die kategorienbasierte Auswertung entlang der Hauptthemen.

Kategoriensystem

Das mit der qualitativen Inhaltsanalyse entwickelte Kategoriensystem soll nun kurz vorgestellt und in Zusammenhang zur Theorie gebracht werden.

1. Klimapolitische Situation in Konstanz und Marburg
2. Bürger*innenbeteiligung
3. Beteiligte Akteur*innen und deren Ziele und Interessen
4. Beziehung und Haltung zu anderen Akteur*innen
5. Öffentliche Wahrnehmung
6. Sozioökonomische Auswirkungen
7. Pfadabhängigkeit

Die erste Kategorie wurde gewählt, um einen Einstieg in die Thematik zu bieten sowie die verschiedenen zugrunde liegenden Policy Designs darzustellen. Als nächstes wurde die Bürger*innenbeteiligung erhoben, um die Partizipationsmuster verschiedener gesellschaftlicher Gruppen aufzuzeigen und herauszufinden, inwiefern die politischen Eliten dazu bereit sind, politische Machtressourcen abzugeben. Mit der dritten Kategorie wird untersucht, welche Akteur*innen am Klimanotstand beteiligt waren und wie deren Ziele und Interessen aussehen. Das ist insbesondere beim Zusammenspiel politischer Entscheidungsträger*innen und zivilgesellschaftlicher Gruppen interessant, weil sich ein Policy Design aus den divergierenden oder zusammenspielenden Interessen ergibt. Die vierte Kategorie ergänzt die Interessen der verschiedenen Akteur*innen durch die Haltung und die Beziehung zueinander. Wie schon erläutert wurde, kann eine Policy zu Gunsten einer Gruppe ausfallen, wenn die politische Ebene und die Zielgruppen durch dieselben Interessen gekennzeichnet sind und sich die beiden Ebenen zueinander orientieren. Die Kategorie der öffentlichen Wahrnehmung spannt den Bogen zur in der Theorie genannten Meinung von Öffentlichkeit und Elite. Die Handlungen politischer Entscheidungsträger*innen werden schließlich auch von der Öffentlichkeit beeinflusst. Die Kategorie „Sozioökonomische Auswirkungen“ wurde gewählt, um herauszufinden, inwiefern materielle Handlungsressourcen verteilt werden und ob es Zielgruppen gibt, die von diesem Policy Design nicht profitieren. Als letzte Kategorie folgt die sog. Pfadabhängigkeit, weil in der Theorie der „Sozialen Konstruktion und des Policy Designs“ davon ausgegangen wird, dass sich ein bestimmtes Konstrukt manifestiert, welches sich auf zukünftige Policy-Designs auswirkt (vgl. Reiter/Töller 2014: 80).

Reflexion und Gütekriterien

Im Untersuchungsdesign wurde der qualitative Vergleich zweier Kommunen begründet und das interpretative Paradigma herausgestellt. Gütekriterien können nun im Blickwinkel interpretativer Forschungsansätze gesehen und dem methodischen Vorgehen untergeordnet werden, also der Durchführung der Expert*inneninterviews und der qualitativen Inhaltsanalyse. Deswegen soll sich im Folgenden vor allem auf die von BLATTER, LANGER und WAGEMANN (2018: 42) getroffenen Gütekriterien interpretativer Forschung bezogen werden. Transparenz und intersubjektive Nachvollziehbarkeit wird durch die in diesem Kapitel beschriebene Offenlegung des Forschungsprozesses erreicht. Das Forschungsthema

„Klimanotstand“ erzeugt Relevanz für Alltag, Praxis und Emanzipation, weil kommunale Prozesse im Klimaschutz untersucht werden, die den beteiligten Akteuren die Chance bietet, Entscheidungsprozesse zu reflektieren und den Vergleich zu einer anderen Kommune herzustellen. Die Verbindung von Literaturrecherche und Expert*inneninterviews, der sog. Triangulation, ermöglicht es, verschiedene Perspektiven auf den Untersuchungsgegenstand zu erhalten. Zusätzlich nennt KUCKARTS (2014: 167f.) Standards für die interne Studiengüte, die für die Erhebungs- und Auswertungsmethode Anwendung finden. Die in einer Checkliste genannten Punkte für die interne Studiengüte haben soweit Anwendung gefunden. Das Material konnte allerdings nicht durch mehrere Codierende unabhängig voneinander codiert werden.

Zur Reflexion des Forschungsprozesses ist zu nennen, dass die Maßnahmen erst vor kurzer Zeit verabschiedet worden sind und deswegen keine genauen Aussagen über die sozialen Auswirkungen von verschärften Klimaschutzmaßnahmen gemacht werden können. Außerdem ist während des Forschungsprozess aufgefallen, dass die öffentliche Wahrnehmung nicht vollständig dargestellt werden kann, weil dafür eine Bevölkerungsumfrage nötig wäre.

4. Ergebnisse

Die aus den theoretischen Vorüberlegungen und dem methodischen Vorgehen resultierenden Ergebnisse werden im Folgenden dargestellt. Dafür wurde eine kategorienbasierte Darstellung entlang der Hauptthemen gewählt. Die Hauptthemen sind in Abbildung 3 dargestellt.



Abbildung 3: Die in der Inhaltsanalyse herausgearbeiteten Hauptkategorien¹⁰

4.1 Klimapolitische Situation in Konstanz und Marburg

In diesem Abschnitt wird auf die Klimaschutzsituation der beiden Städte vor Ausruf des Klimanotstands eingegangen. Der zeitliche Ablauf des Klimanotstands und die beteiligten Akteur*innen werden anschließend vorgestellt, um in die Spezifika der beiden Städte einzuführen.

¹⁰ Eigene Darstellung.

Klimapolitische Situation vor dem Klimanotstand

Die Marburger Interviewten betonen, dass Klimaschutz schon vorher ein wichtiges Thema in der Kommune gewesen wäre, weil es viele klimapolitische Initiativen gebe und die Partei Bündnis 90/Die Grünen großen Zuspruch erfahre (vgl. M1: 1; M2: 1; M3: 1)¹¹. Die Demonstrationen von *Fridays for Future* und Akteur*innen des *Klimabündnisses* hätten in Marburg dafür gesorgt, dass das Thema von der Kommunalpolitik und der Öffentlichkeit mehr wahrgenommen würde (vgl. M1: 1).

Die Konstanzer Befragten äußerten ähnlich, dass Klimaschutz schon vorher ein kommunales Thema gewesen wäre und durch den Klimanotstand einen anderen Fokus bekommen habe bzw. durch den Klimanotstand „ein starker Kurswechsel“ eingeschlagen worden sei (vgl. K1: 5). Abbildung 4 stellt ein Zeitstrahl dar und soll die klimapolitischen Aktivitäten der beiden Städte vor Ausruf des Klimanotstands verdeutlichen.

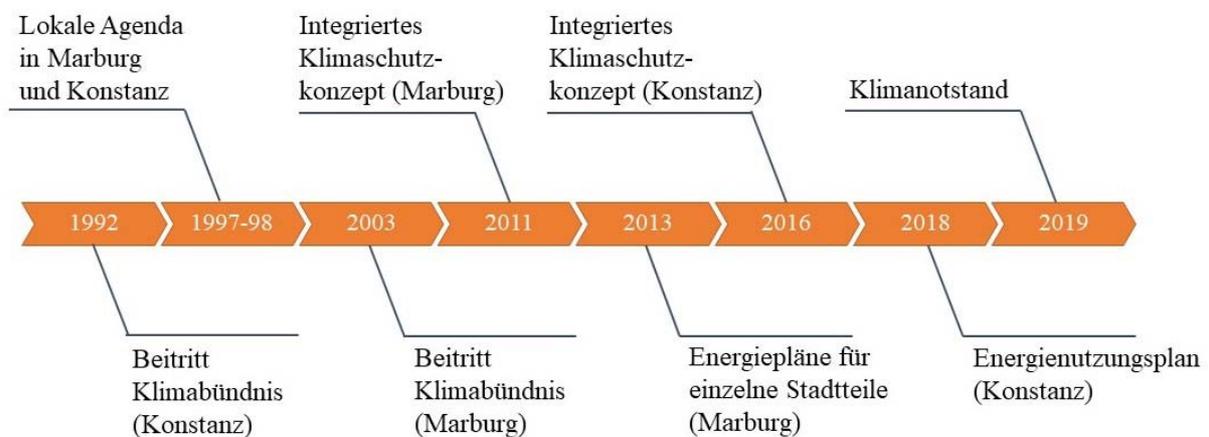


Abbildung 4: Zeitstrahl der bisherigen Maßnahmen im kommunalen Klimaschutz¹²

Ablauf des Klimanotstands

In Marburg hat die Initiative Klimagruppe einen Klimanotstandsentswurf verfasst, nachdem sie vom Klimanotstand in Konstanz gehört hatten (vgl. M2: 1). Der Entwurf wurde dann dem Oberbürgermeister (OB) und in der Stadtverordnetenversammlung vorgestellt. Vorher hatte die Partei Bündnis 90/Die Grünen versucht einen Klimanotstandsbeschluss zu erwirken, was an Meinungsverschiedenheiten im Parlament gescheitert sei (vgl. M1: 1). Schlussendlich waren am Klimanotstandsbeschluss in Marburg die Klimagruppe, die Fraktionen und der OB beteiligt. In Konstanz ist der Prozess ähnlich verlaufen: Nachdem in einigen schweizerischen Städten der Klimanotstand ausgerufen wurde, sei dieses Phänomen von der lokalen *Fridays for Future*-Gruppe aufgegriffen worden (vgl. K1: 1). Diese hätten einen Entwurf ausgearbeitet und ein Treffen mit dem OB und den Fraktionen des Gemeinderats initiiert, um mit den einzelnen Akteur*innen in Verhandlung zu treten (vgl. K1: 1; K2: 1). Daraufhin sei der Entwurf an die Verwaltung weitergeleitet worden, damit das Papier ausgearbeitet und zusätzlich eine Klimarelevanzfrage hinzugefügt werden konnte (vgl. Röhling 2020). Bei der betreffenden Sitzung hätten fast alle Fraktionen Anträge für die Behandlung der Beschlussvorlage eingebracht, sodass der Klimanotstand einstimmig beschlossen worden ist. Alle Konstanzer Befragten vermuten, dass der einstimmige Beschluss auf die zu der Zeit kurz bevorstehende Kommunalwahl zurück zu führen sei (vgl. K1: 3, K2: 5; K3: 1).

¹¹ Die betreffenden Interviewtranskripte sind auf dem der Bachelorarbeit angehängten USB-Stick zu finden.

¹² Die Abbildung wurde eigenständig erstellt. Die Informationen entstammen den Websites der Stadt Konstanz und der Universitätsstadt Marburg (vgl. Stadt Konstanz 2020b; vgl. Universitätsstadt Marburg 2020).

Darstellung des Klimanotstands

Neben dem Ablauf eines kommunalen Beschlusses ist auch interessant, wie der Klimanotstand von den Befragten und den kommunalen Zeitungen dargestellt wird, weil der Klimanotstand nicht eindeutig definiert ist und je nach der Klimaschutzsituation einer Stadt verschieden interpretiert wird.

In der OBERHESSISCHEN PRESSE (Lokalzeitung Marburgs) wird betont, dass der Klimanotstand keine Symbolpolitik darstelle, sondern dass es bindende Zielvorgaben gebe (vgl. Wisker 2019). Diese Zielvorgaben würden die Klimaneutralität bis 2030¹³, mehr Verwaltungspersonal, einen Aktionsplan, die Unterstützung der heimischen Wertschöpfung sowie einen Klimavorbehalt umfassen. Ein einzuberufender Klimarat solle die Vorhaben von Politik und Verwaltung begleiten und zusätzlich solle alle vier Jahre ein Klimaschutzbericht vorgelegt werden (vgl. ebd.). In einem Artikel der Online-Zeitung MARBURG.NEWS wird Stellung dazu bezogen, dass die Stadt offen gegenüber dem Klimaschutz sei, weil sich die politischen Entscheidungsträger*innen nach einem gescheiterten Beschluss von der Klimabewegung überzeugen ließen (vgl. Mittelstaedt 2019). Außerdem müsse die Stadt dieses Thema fokussieren, „damit die Stadt so schön bleibt, wie sie ist“ (ebd.). Eine Kolumne auf der Plattform SALONKOLUMNISTEN schlägt deutlich kritischere Töne an, weil der zu einberufende Klimarat nicht demokratisch legitimiert sei und das stadteneigene Solarkraftwerk nicht zu jeder Jahreszeit Strom produziere, obwohl die CO₂-arme Gewinnung von Strom bei einer Klimaneutralität entscheidend sei (vgl. Wendland 2019). Außerdem stellt die*der Interviewte der Klimagruppe klar, dass der städtische Handlungsspielraum hinsichtlich des globalen Klimawandels begrenzt sei, aber durch den Klimanotstand auf städtischer Ebene neue Maßnahmen initiiert würden (vgl. M2: 2)¹⁴.

In Konstanz wird ebenfalls betont, dass die Klimaneutralität keinen reinen Symbolakt darstellen solle (vgl. Stuttgarter Nachrichten 2019). Neben dem Klimavorbehalt soll es eine Solarpflicht für alle Neubauten geben. Außerdem wäre eine Task-Force ins Leben gerufen worden, in der alle relevanten Akteur*innen über Maßnahmen beraten (vgl. Wagner 2019). Anders sieht es bei der Klimaneutralität aus: Während Marburg die Klimaneutralität bis 2030 erreichen wolle, hätte sich der Konstanzer Gemeinderat im Juli dafür entschieden, schnellstmöglich die Klimaneutralität zu erreichen, wofür die zwei Idealszenarios 2030 und 2035 errechnet werden sowie ein bestmögliches Szenario ohne Datum (vgl. Stegmann 2020).

Interviewte beider Städte sind sich einig, dass große Unterschiede zwischen der realen Situation in den beiden Städten und der Formulierung Notstand bestehen würden, weil die beiden Städte noch nicht existenziell vom Klimawandel betroffen seien (vgl. M1: 6; K1: 2). Aktivist*innen der Fridays for Future-Bewegung würden die Situation als dramatisch empfinden, weshalb die Formulierung „Klimanotstand“ gewählt wurde (vgl. K2: 5).

In diesem Abschnitt wird deutlich, dass sich die Klimanotstandsbeschlüsse der beiden Städte unterscheiden. Es besteht Einigkeit darüber, dass der Klimanotstand kein politisches Symbol darstellen soll, sondern konkrete Maßnahmen folgen sollen. Die Interviewten der Stadtverwaltung sehen einen Unterschied zwischen der städtischen Situation und den globalen Auswirkungen des Klimawandels während die zivilgesellschaftlichen Akteur*innen im Klimawandel eine reale Bedrohung auch vor Ort sehen.

¹³ Mit Klimaneutralität ist gemeint, dass durch ein Produkt oder eine Dienstleistung die Menge an klimaschädlichen Gasen in der Atmosphäre nicht erhöht wird (vgl. Deutsche Umwelthilfe 2018). Das kann zum einen durch Kompensationszahlungen an zertifizierte Klimaschutzprojekte erreicht werden oder wenn ein Prozess an sich klimafreundlicher gestaltet wird.

¹⁴ Die Aussagen des*der Interviewten der Marburger Klimagruppe sind mit M2 abgekürzt.

4.2 Bürger*innenbeteiligung

Mit Bürger*innenbeteiligung ist die Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern gemeint, die über die Wahl von politischen Vertreter*innen hinausgeht (vgl. HBS 2018). Diese Form der Beteiligung wird auch als freiwillige Bürger*innenbeteiligung bezeichnet und ist im kommunalen Raum durch Bürger*innenversammlungen, moderierte Veranstaltungen oder durch Bürger*innenbeteiligungsverfahren gekennzeichnet (vgl. ebd.). Im Folgenden sollen die Formen freiwilliger Bürger*innenbeteiligung im kommunalen Klimaschutz dargestellt und verglichen werden.

In Konstanz sind zwei städtische Vertreter*innen aus unterschiedlichen Abteilungen interviewt worden.¹⁵ In Konstanz sei Bürger*innenbeteiligung bei allen größeren Themen Standard. So sei z.B. das Klimaschutzkonzept oder der Energienutzungsplan gemeinsam mit der Stadtgesellschaft erarbeitet worden (vgl. K1: 2). Außerdem gebe es das interkulturelle Nachbarschaftsprojekt *Wir im Quartier – Klimawandel hier und dort*, in dem die Bürger*innen in den einzelnen Stadtteilen für Klimaschutz sensibilisiert werden sollen (vgl. Stadt Konstanz 2020a; K3: 1). Im Gegensatz zu den Konstanzer Befragten nennen die Befragten aus Marburg keine expliziten Projekte, die vor dem Klimanotstand ausgerichtet wurden. „Vor dem Klimanotstand gab es viele Veranstaltungen für Bürger*innen, aber keine strukturierte Bürger*innenbeteiligung“, schildert ein*e Befragte*r der Marburger Stadtverwaltung (M1: 1)¹⁶. Ergänzend hätten engagierte Bürger*innen Fördergelder für klimarelevante Projekte beantragen können (vgl. M3: 1). Anders sieht die Situation nach dem Klimanotstand aus: In Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft wurde der Marburger Klimaaktionsplan 2030 entwickelt. Im Herbst 2019 gab es drei Veranstaltungen. Die erste Veranstaltung sei von „ARD-Wetterfrosch“ Sven Plöger gestaltet worden und hätte zum Ziel gehabt, die Stadtgesellschaft für den Klimawandel zu sensibilisieren (vgl. M1: 2). Die zweite Veranstaltung ist von dem Verein *Kollektiv von Morgen* in Kooperation mit der Stadt ausgerichtet worden. An einem Samstag haben sich die teilnehmenden Bürger*innen die sog. *Transition-Town Totnes*¹⁷ zum Vorbild genommen und Ideen für ein klimafreundliches Marburg entwickelt. Zuletzt folgte eine Abendveranstaltung der Stadt, in der die Ideen vorgestellt wurden und in Zusammenarbeit mit städtischen Vertreter*innen weiterentwickelt werden konnten. Die*der Interviewte der *Fridays for Future*-Bewegung aus Marburg betont die Wichtigkeit der Tagesveranstaltung, weil die Bürger*innen sehr viel Zeit gehabt hätten, Ideen zu entwickeln (vgl. M3: 7)¹⁸. Der*die Befragte der Stadtverwaltung macht klar, dass es mit über 500 Vorschlägen aus der Bürger*innenschaft noch nie so ein großes Bürger*innenbeteiligungsverfahren gegeben hätte (vgl. M1: 2).

Die Stadt Konstanz hat sich nach dem Klimanotstand einen anderen Weg überlegt: Die Stadtverwaltung hätte ein externes Institut mit der Entwicklung einer klimaneutralen Gesamtstrategie 2035 beauftragt, in der Bürger*innenbeteiligung auch ein Thema sei (vgl. K3: 1f.). Außerdem wäre ein Klimabürgerrat errichtet worden, der mit Zufallsbürger*innen und Bürger*innen, die sich schon vorher in diesem Bereich engagiert haben, besetzt sei (vgl. K3: 2). Die für Mai 2020 geplanten Klimaaktionstage und ein Stadt Wandel-Projekt hätten aufgrund der Corona-Pandemie verschoben werden müssen (vgl. Becker 2020). Zusätzlich hat sich durch die Literaturrecherche ergeben, dass engagierte Konstanzer*innen im Juli 2019 eine Klimakonferenz und im November 2019 einen Klima-Aktionstag ausgerichtet haben (vgl. Konstanzer Klimakonferenz 2019). Zur Klimakonferenz wären ca. 80 Fachleute

¹⁵ Die Aussagen der beiden Interviewten sind mit K1 und K3 abgekürzt.

¹⁶ Die Aussagen des*der Mitarbeiter*in der Marburger Stadtverwaltung sind mit M1 abgekürzt.

¹⁷ In der Geburtsstadt der sog. Transition Town Bewegung wurde im Juli 2019 eine ganztägige Veranstaltung zum Thema „Totnes declares a climate emergency – whats next?“ organisiert, dessen Konzept auch in anderen Städten Anklang gefunden hat (vgl. Werner 2019: 30).

¹⁸ Die Aussagen des*der Marburger Interviewten von Fridays for Future sind mit M3 abgekürzt.

zusammengekommen, die gemeinsam diskutierten, wie Stadtverwaltung, Politik, Unternehmen und die Bürger*innen das Ziel der Klimaneutralität bis 2030 erreichen können. Der Klima-Aktionstag war durch ein Mitmach-Programm der klimapolitischen Initiativen für alle KonstanzerInnen offen (vgl. ebd.).

Die Klimastrategie Konstanz und der Klimaaktionsplan Marburg stimmen in der Hinsicht überein, dass Bürger*innenbeteiligung fester Bestandteil sein soll. Der im Mai verabschiedete Klimaaktionsplan in Marburg soll im Herbst in einem erneuten Bürger*innenbeteiligungsverfahren vorgestellt und durch ein Verkehrskonzept ergänzt werden. Die Bürger*innen Marburgs seien um ihre Einschätzung gebeten worden, damit fehlende Perspektiven mit aufgenommen werden können (vgl. M1: 7; M3: 7).

In Marburg und Konstanz haben sich die Bürgerinnen und Bürger auch schon vor dem Klimanotstand an Beteiligungsverfahren engagiert. Der Klimanotstandbeschluss in Marburg hat dafür gesorgt, dass ein strukturiertes Bürger*innenbeteiligungsverfahren ausgerichtet wurde, mit welchem der Klimaaktionsplan 2030 entwickelt werden konnte. Die Konstanzer Stadtverwaltung hat die Verantwortung an ein externes Unternehmen abgegeben, eine Klimastrategie zu entwickeln, in der Bürger*innenbeteiligung auch Bestandteil sein wird. Engagierte Konstanzer*innen haben unabhängig von der Stadtverwaltung eine Klimakonferenz und ein Klima-Aktionstag ausgerichtet, deren Ergebnisse von Stadtverwaltung und Gemeinderat aufgenommen werden sollen.

4.3 *Interessen und Ziele der beteiligten Akteur*innen*

Wie im Abschnitt zum Ablauf des Klimanotstands klar wurde, haben in beiden Städten ähnliche Akteur*innen am Ausruf des Klimanotstands mitgewirkt. Neben dem Kommunalparlament und der Stadtverwaltung sind auch jeweils eine oder mehrere zivilgesellschaftliche Organisationen am Ausruf des Klimanotstands beteiligt gewesen. Unterschiede ergeben sich bezüglich der beteiligten zivilgesellschaftlichen Initiativen, weil in Marburg die *Klimagruppe* eine Resolution eingebracht hat und die Ortsgruppe von *Fridays for Future* erst später in dem Bereich aktiv geworden ist. In Konstanz hingegen hat *Fridays for Future* am Klimanotstand mitgewirkt. Im Folgenden wird näher auf die Ziele und Interessen der jeweiligen Akteur*innen eingegangen und mit der jeweils anderen Stadt verglichen. Wenn sich die Rolle und/oder die Ziele und Interessen einer*eines jeweiligen Akteur*in im Klimanotstandsprozess verändert hat, wird dies berücksichtigt.

Zunächst wird auf die Ziele und Interessen der zivilgesellschaftlichen Initiativen eingegangen. In Konstanz ist die Initiative *Fridays for Future* zu nennen, die sich Anfang 2019 gegründet hat. Ein*e Befragte*r von *Fridays for Future* sieht die Initiative als „Kommunikations- und Motivationsgruppe“, weil die Gruppe immer wieder an die verschiedenen Fraktionen herantreten sei, um die verschiedenen Forderungen anzubringen (vgl. K2: 3)¹⁹. Für *Fridays for Future* sollte der Klimanotstand als Druckmittel an die politischen Entscheidungsträger*innen fungieren, damit die Klimaschutzziele der Stadt verschärft würden. Den Wahlkampfzeitraum hätte die Gruppe bewusst gewählt, damit ein für die Gruppe möglichst gutes Ergebnis erreicht wird (vgl. K2: 5). Die*der Befragte der Stadtverwaltung fügt hinzu, dass das übergeordnete Ziel von *Fridays for Future* sei, die Klimasituation vor Ort zu verändern. Durch den Klimanotstand hätte die Gruppe an Bedeutung gewonnen und es wäre in ihrem Interesse gewesen, dass die Parteien so schnell eingelenkt haben (vgl. K3: 4).

In Marburg war neben *Fridays for Future* auch die *Klimagruppe* am Ausruf des Klimanotstands beteiligt. Die *Klimagruppe* sei normalerweise im Bereich des zivilen Ungehorsams aktiv und hätte sich auf die Kommunalpolitik eingelassen, damit mit dem Klimanotstand und

¹⁹ Die Aussagen des*der Interviewten der Konstanzer Fridays for Future-Bewegung sind mit K2 abgekürzt.

dem Klimaaktionsplan ein Bezugspunkt geschaffen wird, auf den immer wieder verwiesen werden kann, wenn abweichende Beschlüsse getroffen werden (vgl. M2: 2). Außerdem wollte die Gruppe einen Diskurs schaffen, der die existenzielle Bedrohung der Menschheit anerkenne (vgl. ebd.). Mit den beiden Beschlüssen hätte die Gruppe ein Ziel erreicht und wolle nun die Entwicklung weiterverfolgen (vgl. ebd.: 7f.). Bei *Fridays for Future*-Marburg verlief die Entwicklung ähnlich wie bei der Konstanzer Ortsgruppe: Die Initiative hätte sich Anfang 2019 gegründet und nach einem halben Jahr hätte sich die FFF-Bewegung so weit konstituiert, dass die Gruppe neben den globalen Forderungen auch Forderungen an die Stadt gestellt hätte (vgl. M1: 4). Die Bewegung verfolge das Ziel eine lebenswerte Zukunft für alle zu erschaffen, in der Marburg emissionsfrei sei (vgl. M3: 2). Durch den Klimanotstand hätten sich die Prioritäten beider Gruppen dahin verschoben, den neu gegründeten Klimarat der Stadt mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen zu besetzen (vgl. M2: 6).

Die vorgestellten zivilgesellschaftlichen Akteur*innen Marburgs und Konstanz waren am Ausruf des Klimanotstands interessiert, damit die Klimaschutzziele der jeweiligen Städte verschärft werden. Durch den Klimanotstandsbeschluss und die sich anschließenden Prozesse haben sich die Prioritäten dahingehend verschoben, die Entwicklung zu verfolgen und ggf. weitere Forderungen zu stellen, falls die Maßnahmen nicht umgesetzt werden.

Als nächstes werden die Ziele und Interessen der jeweiligen Oberbürgermeister und damit auch der jeweiligen Stadtverwaltungen vorgestellt, die am Ausruf und der Bearbeitung des Klimanotstands einen entscheidenden Anteil hatten. Die*der Interviewte der *Fridays for Future*-Bewegung ist der Meinung, dass der Oberbürgermeister Marburgs den Klimaschutz aus Überzeugung verfolge, aber aus der Bevölkerung den nötigen Rückhalt brauche, um Maßnahmen umzusetzen. Mit dem Aufkeimen der Klimabewegung hätte er diese Chance ergriffen (vgl. M3: 2). Ähnlich sieht das der*die Befragte der Verwaltung, welche*r unterstreicht, dass der OB durch seine deutliche Positionierung zum Klimaschutz Handlungsdruck im Parlament erzeugt habe (vgl. M1: 8). Auch habe der OB den Angestellten der Stadtverwaltung die Möglichkeit gegeben, sich während ihrer Arbeitszeit über ihren Beitrag zum Klimanotstand auszutauschen (vgl. ebd.) Die*der Interviewte der Klimagruppe vermutet, dass der OB die Klimabewegung unterstützt habe, damit er nicht hinter der Partei Bündnis 90/Die Grünen zurückfalle, die zuvor schon eine Klimanotstandsresolution gestellt hätten (vgl. M2: 1). Der Konstanzer Oberbürgermeister scheint insgesamt nur eine untergeordnete Rolle gespielt zu haben, weil er bei den Interviewten nicht so oft wie der Marburger OB Erwähnung findet. Trotzdem liege Klimaschutz auch im Interesse des Konstanzer Oberbürgermeisters, weil er z.B. bei seiner Erstwahl mit dem Thema Nachhaltigkeit angetreten sei (vgl. K3: 3). Von Seiten der Stadtverwaltung würde das Ziel verfolgt, dass Klimaschutz infolge des Klimanotstands effizienter und ernsthafter bearbeitet würde (vgl. K1: 3). Die*der Befragte der Verwaltung fügt hinzu, dass der Klimanotstand auch ein politisches Bekenntnis sei, dass das Thema in der Verwaltung eine deutlich höhere Priorität bekommen müsse (vgl. K3: 3). Dennoch sei der Ausruf des Klimanotstands für die Verwaltung nicht vorstellbar gewesen und nun sehe man sich einem enormen Druck ausgesetzt, möglich schnelle Erfolge vorzuweisen, obwohl das einem seriösen Verwaltungshandeln nicht entspreche (vgl. ebd.: 6).

An den Interessen der beiden Oberbürgermeister wird klar, dass sie den Klimaschutz in ihrer Stadt unterstützen. Anders sieht es bei den Stadtverwaltungen aus: Während es zu den Zielen und Interessen der Marburger Stadtverwaltung keine Stimmen gibt, der Verwaltung aber die Möglichkeit gegeben wurde sich mit ihrem Beitrag zum Klimanotstand auseinanderzusetzen, konnten die Verwaltungsmitarbeitenden für die anstehenden Aufgaben im Klimaschutzbereich sensibilisiert werden. Deutlich kritischere Stimmen gab es zur Konstanzer Stadtverwaltung. Zwar hat die Verwaltung das Ziel Klimaschutzmaßnahmen effizienter umzusetzen, dennoch sehen sich die Angestellten einem hohen Druck ausgesetzt, in einem starren Verwaltungsapparat schnelle Erfolge zu erzielen.

Zuletzt sollen die Ziele und Interessen der einzelnen Fraktionen herausgearbeitet werden. Aufgrund der in Konstanz zu der Zeit anstehenden Kommunalwahl hätten sich alle Parteien zum Klimanotstand positioniert (vgl. K1: 3; K2: 5; K3: 1). Zwei Interviewte sind der Meinung, dass sich klimapolitische Parteien aufgrund der Sache zum Klimanotstand positioniert hätten und sich nun stärker mit dem Thema profilieren könnten (vgl. K2: 5; K3: 3). Bei den anderen Parteien wäre der Klimanotstand stärker diskutiert worden, hätten keine Gemeinderatswahlen angestanden (vgl. K3: 3). Auch ist sich ein*e Befragte*r der Stadtverwaltung sicher, dass dem Gemeinderat anfangs nicht bewusst gewesen wäre, was es bedeute, das ganze Handeln einer Stadt auf Klimaneutralität umzustellen (vgl. ebd.: 10). In der Marburger Stadtverordnetenversammlung sind die Positionen deutlicher auseinander gegangen: Abgeordnete der FDP hätten gegen den Beschluss gestimmt, weil dadurch das Wirtschaftswachstum geschwächt würde (vgl. M3: 3). Ein Teil der CDU hätte sich enthalten und der andere Teil hätte dem Beschluss zugestimmt, nachdem der OB den Klimanotstand nochmal anders ausgelegt habe (vgl. M3: 3; Universitätsstadt Marburg 2019b). Das hätte wiederum die Partei Bündnis 90/Die Grünen gestört, weil ihr erster Antrag aufgrund der harten Auslegung des Klimanotstands nicht durchgegangen sei (vgl. M3: 3).

Die Ziele und Interessen der Marburger Fraktionen konnten deutlich klarer dargestellt werden, da der Klimanotstand in zwei Sitzungen kontrovers diskutiert wurde und es letztendlich auch Gegenstimmen gab. Die Debatte des Konstanzer Gemeinderats ist durch die Kommunalwahl abgeschwächt worden, sodass einstimmig für den Klimanotstand gewählt wurde.

Insgesamt zeigt sich, dass die beteiligten Akteur*innen ähnliche Interessen und Ziele verfolgen. Unterschiede zeigen sich zwischen den einzelnen Akteur*innen, weil die zivilgesellschaftlichen Initiativen nur Forderungen anbringen können und es letztendlich die Verwaltungen sind, die Maßnahmen etc. zu bearbeiten haben. Aus diesem Grund ist die Konstanzer Verwaltung insgesamt skeptischer gegenüber dem Beschluss eingestellt. Die Ziele und Interessen der politischen Fraktionen können schwierig miteinander verglichen werden, weil in Konstanz die Gemeinderatswahl anstand, die als zusätzlicher Einflussfaktor auf den Beschluss gewirkt hat.

4.4 *Beziehung und Haltung zu anderen Akteur*innen*

Die im letzten Abschnitt vorgestellten Ziele und Interessen der Akteur*innen sollen nun durch die Beziehung und die Haltung zu anderen Akteur*innen ergänzt werden.

In Marburg hat sich der Kontakt zwischen dem Oberbürgermeister und der Klimabewegung schon sehr früh etabliert, weswegen auf diese Beziehung als erstes eingegangen wird. Die Stadtverwaltung hätte zum ersten Mal von den *Fridays for Future*-Demonstration gehört, als die erste Demonstration angemeldet wurde (vgl. M1: 4). Der Oberbürgermeister sei bei fast jeder Demonstration vertreten, sodass *Fridays for Future*-Marburg ihn dort kennen gelernt hätte (vgl. M3: 3). Der*die Befragte der Stadtverwaltung hebt hervor, dass ihn die soziale Bewegung hinter den *Fridays for Future*-Demonstrationen beeindruckt habe, weil die jungen Menschen deutlich gemacht hätten, wie wichtig ihnen die Rettung des Klimas sei, sodass die Bewegung vom OB eingeladen wurde (vgl. M1: 4). Die Gespräche hätten dazu geführt, dass ein gewisses Vertrauen aufgebaut und die Bewegung sich immer an das OB-Referat wenden konnte (vgl. M1: 4). Für die *Klimagruppe* sei der Kontakt zur Verwaltung und zur Stadtverordnetenversammlung ebenfalls neu gewesen (vgl. M2: 3). Die*der Befragte bestätigt das gute Verhältnis zum OB, obwohl versucht würde, eine kritische Haltung beizubehalten (vgl. ebd.). Währenddessen störe die *Fridays for Future*-Bewegung das Auftreten des Oberbürgermeisters als Politiker, weil er viele Aspekte vor dem Hintergrund der gesamtgesellschaftlichen Akzeptanz betrachten müsse (vgl. M3: 5). Der Klimanotstand habe die Beziehung zum OB verändert, weil der OB die beteiligten Personen der *Klimagruppe* wahrnehme und der gegenseitige Austausch Vertrauen schaffe (vgl. M2: 4). Jedoch betonen beide

Seiten, dass das Verhältnis von unterschiedlichen Standpunkten geprägt sei, weil „eine soziale Bewegung [...] nie 100 Prozentig zufrieden sein wird mit dem, was ein Gegenüber in Verantwortung tut“ (M1: 5). Diese unterschiedlichen Standpunkte hätten sich gezeigt als es der Klimabewegung nach dem Klimanotstandsbeschluss und dem Bürger*innenbeteiligungsverfahren zu lange gedauert habe, bis Maßnahmen umgesetzt werden (vgl. M1: 5; M2: 7). Aufgrund dieser Unstimmigkeiten hätten die klimapolitischen Initiativen Marburgs das *Klimabündnis* gegründet, welches seitdem Klimanotstandsbeschluss als Ansprechpartner für die Akteur*innen der Verwaltung und Stadtverordnetenversammlung fungiere (vgl. M3: 2).

Die Beziehung zwischen dem Oberbürgermeister Konstanz und der *Fridays for Future*-Bewegung wurde von den Konstanzer Befragten nicht so stark verdeutlicht. Die Befragten der Stadt erwähnen zwar, dass sich der OB und *Fridays for Future*-Konstanz vor dem Klimanotstand ein paar Mal getroffen hätten und bis heute ein regelmäßiger Austausch stattfinde (vgl. K1: 5; K3: 4), dennoch wird das Verhältnis von dem*der Interviewten der *Fridays for Future*-Bewegung als distanziert dargestellt, da die Forderungen ansonsten an Druck verlieren würden (vgl. K2: 6). Die unterschiedlichen Standpunkte zwischen Klimabewegung und Stadtverwaltung zeigen sich auch in Konstanz, was durch eine*n Interviewte*n der Stadtverwaltung unterstrichen wird (vgl. K3: 5). Innerhalb der Stadtverwaltung herrsche mittlerweile eine größere Offenheit, „den Aktivisten“ gegenüber Verwaltungsabläufe darzustellen (vgl. K1: 5). Der*die Befragte der *Fridays for Future*-Bewegung empfindet das momentane Agieren gegenüber der Stadtverwaltung als „rau“, weil ihnen das Verwaltungshandeln zu lange dauere. Die Bewegung sei vom Oberbürgermeister und dem Bundestagsabgeordneten enttäuscht, weil sie das Gesagte nicht umsetzen würden (vgl. K2: 9).

Zwischen den klimapolitischen Initiativen in Konstanz herrscht ein gutes Verhältnis. Der*die Befragte der *Fridays for Future*-Bewegung findet, dass klimainteressierte Gruppierungen und Einzelpersonen durch die Demonstrationen das erste Mal unter einem solchen Rahmen zusammengekommen seien, insbesondere mit der Volkshochschule und der Caritas arbeite die Gruppe gut zusammen (vgl. K2: 5). Aufgrund der Corona-Pandemie hätte bisher kein übergreifendes Bündnis gegründet werden können, was jedoch angestrebt werde (vgl. ebd.: 4).

Das Verhältnis der klimapolitischen Initiativen in Marburg sieht ähnlich aus. Während des Klimanotstandsprozess hätten sich *Klimagruppe* und *Fridays for Future* ergänzt und sich gegenseitig als Ansprechpartner zur Verfügung gestanden (vgl. M3: 2). Die gemeinsame Arbeit des *Klimabündnisses* an dem Ziel, den Klimabeirat zu besetzen, verbinde die verschiedenen Akteur*innen (vgl. M2: 4). Außerdem hätte im Vorfeld des Bürger*innenbeteiligungsverfahren viel Kontakt zwischen den Initiativen bestanden (vgl. M3: 4).

Die Beziehungen der verschiedenen Akteur*innen stimmen zwischen den Städten überein. Während sich die klimapolitischen Gruppen gegenseitig durch Demonstrationsbesuche und die Gründung eines Bündnisses unterstützen, ist das Verhältnis zu den politischen Entscheidungsträger*innen distanziert. Es zeigen sich zwei verschiedene Rollenbilder, die auch bei gleichen Interessen dazu führen, dass Konflikte entstehen. Der am meisten genannte Konflikt ist zeitlicher Natur, weil den Interessengruppen das Verwaltungshandeln zu langsam erscheint. Zwischen der Marburger Stadtverwaltung und den Akteur*innen des *Klimabündnisses* zeigt sich ein engeres Verhältnis, welches von gegenseitigem Vertrauen und Respekt charakterisiert ist. Im Gegensatz dazu haben die Konstanzer Interviewten das Verhältnis zwischen Stadtverwaltung und FFF nicht besonders hervorgehoben, sondern die verschiedenen Rollenbilder stark betont.

4.5 Öffentliche Wahrnehmung

In diesem Abschnitt geht es um die öffentliche Wahrnehmung bezüglich des Klimanotstands und den am Klimanotstand anschließenden Prozessen. Wie schon im theoretischen Teil beschrieben, wirkt sich die Meinung der Öffentlichkeit auf die Policies der politischen Entscheidungsträger*innen aus und sollte daher mit einbezogen werden.

Der Oberbürgermeister Marburgs sei dem Klimaschutz zwar sehr zugewandt, aber er hätte den nötigen Rückhalt aus Bevölkerung und Stadtverordnetenversammlung gebraucht, um verschärfte Maßnahmen umzusetzen (vgl. M3: 2). *Fridays for Future* hätte mit den Demonstrationen dafür gesorgt, dass das Thema in der Stadtgesellschaft mehr wahrgenommen werde, sodass sich OB und Teile der Stadtverordnetenversammlung zum Klimaschutz positioniert hätten. Der Konstanzer Oberbürgermeister und der dazugehörige Gemeinderat hätten den Klimanotstand zwar einstimmig ausgerufen, dennoch geben die Interviewten kein Aufschluss darüber, ob sie für ihre Entscheidung den nötigen Rückhalt der Stadtgesellschaft brauchen. Als Grund für den einstimmigen Beschluss wird von allen Befragten die anstehende Kommunalwahl genannt, bei der sich keine Partei dem Thema verschließen wollte (vgl. K1: 3; K2: 5; K3: 1). Parallel zu den Beschlüssen haben in Konstanz überregionale und regionale Zeitungen über den Ausruf berichtet, weil Konstanz als erste deutsche Stadt den Klimanotstand ausgerufen hat. Die Berichte, die u.a. in der New York Times und einer Zeitung aus Hong Kong erschienen sind, hätten dafür gesorgt, dass der Klimanotstand in Konstanz kontrovers diskutiert wurde und das Thema im Stadtgespräch lange Anklang gefunden hätte (vgl. K2: 8). Inhalt der Gespräche in Konstanz wäre u.a. die Begrifflichkeit „Klimanotstand“ gewesen, die die ältere Stadtbevölkerung an die Notstandsgesetzgebung erinnere und daher abgelehnt würde (vgl. Becker 2020).²⁰

Der Einzelhandel in der Innenstadt und die *Marketing und Tourismus Konstanz GmbH* hätten dem Klimanotstand negativ gegenüber gestanden, weil die Stadt bei autofahrenden Tourist*innen an Attraktivität verlieren könnte (vgl. K3: 5). Außerdem seien asiatische Tourist*innen mit Mundschutz eingetroffen, weil der Klimanotstand international anders wahrgenommen wurde (vgl. K1: 4). Die Interviewten der Stadtverwaltung haben die Meinungen der Verwaltungsangestellten unterschiedlich wahrgenommen: Während ein*e Befragte*r betont, dass die Verwaltung den Klimanotstand positiv aufgegriffen habe, äußert sich die*der zweite Befragte deutlich kritischer. Teile der Verwaltung hätten demnach die Befürchtung, dass dem Thema zu viel Aufmerksamkeit geschenkt werde (vgl. K1: 2; K3: 5). Weiterhin wird ausgeführt, dass der Klimanotstand zwei Meinungsrichtungen verstärkt habe: Befürworter*innen des Klimanotstands würden sich in ihrem Handeln bestätigt sehen und würden sich freuen, dass dem Thema so viel Aufmerksamkeit gewidmet werde. Eher skeptische Personen sähen sich darin bestätigt, dass der ganze Aufwand es nicht wert sei und die Umstellung auf klimafreundliches Handeln viel Arbeit kosten werde (vgl. K3: 9). Diese Meinung äußere sich auch in der verwaltungsinternen *Task-Force* „hinsichtlich der Frage, wie bereit die einzelnen Personen sind, dieses Thema voranzutreiben“ (vgl. K3: 6).

Der*die Befragte der Konstanzer *Fridays for Future*-Bewegung thematisiert den positiven Zuspruch der Stadtgesellschaft, den er*sie darauf zurückführt, dass es junge Menschen seien, die Veränderungen fordern, weil diese direkt vom Klimawandel betroffen sein werden (vgl. K2: 3). Dennoch seien „Posts“ der Gruppe auf Facebook negativ kommentiert und ein Interview in einem rechtsradikalen Forum geteilt worden (vgl. ebd.: 7). Zur Zeit des Interviews (Juni 2020) sei die *Fridays for Future*-Bewegung in Konstanz an einem Punkt

²⁰ Mit den Notstandsgesetzen sind Änderungen des Grundgesetzes gemeint, die den Staat im Krisenfall dazu befähigen handlungsfähig zu bleiben. Die Gesetzesänderung war sehr umstritten und hat 1968 zu Demonstrationen geführt (vgl. Deutscher Bundestag 2018).

angelangt, an dem sich die Stadtbevölkerung nicht mehr so sehr wie zur Zeit des Klimanotstands mit dem Thema befasse (vgl. K2: 11).

Die Marburger Befragten können keine*n konkrete*n Akteur*in nennen, der sich negativ zum Klimanotstand geäußert hat. Der*die Befragte der Stadtverwaltung führt aus, dass der Oberbürgermeister oft zum Thema Klimaschutz angesprochen würde und sich das Mobilitätsverhalten der Marburger*innen verändert hätte, was auf ein gesteigertes Klimabewusstsein zurückgeführt werden könne (vgl. M1: 7). Die Marburger Unternehmen zeigten sich offen für Veränderungen und würden ihre Unternehmen teilweise neu ausrichten. Allerdings müsse zwischen den Handlungsspielräumen und Perspektiven kleiner Einzelhändler*innen und großer Konzerne, wie den Pharma-Unternehmen in Marburg, unterschieden werden (vgl. M1: 6). Die beiden Befragten des *Klimabündnisses* stellen klar, dass sie zur Wahrnehmung der Marburger Bevölkerung nichts sagen könnten, weil sie zu stark in die Klimabewegung integriert seien, um den Überblick über die gesamte Debatte zu behalten (vgl. M2: 7; M3: 6). Trotzdem wird bezweifelt, dass die ganze Stadtbevölkerung über den Klimanotstand informiert sei, weil sich bei den Bürger*innenbeteiligungsverfahren nur Menschen beteiligt hätten, die beruflich mit Klimaschutz zu tun hätten oder sich privat dafür interessieren (vgl. M2: 7).

Die Impressionen der Interviewten müssen an dieser Stelle mit einer quantitativen Meinungsbefragung unterlegt werden, da die sechs Befragten kein umfassendes Bild zur öffentlichen Wahrnehmung geben können. Eine Studie des BMU zum Umweltbewusstsein der Deutschen stellt klar, dass den Befragten Umweltschutz wichtig sei und sich teilweise ein hohes Umweltbewusstsein zeige (vgl. BMU 2018: 68). Vor diesem Hintergrund kann die *Fridays for Future*-Bewegung positiv bewertet werden, weil soziale Normen geschaffen und ein Gefühl von „kollektiver Wirksamkeit“ vermittelt würde (vgl. Fiedler 2020).

Beim Vergleich der beiden Fälle wird klar, dass der Klimanotstand unterschiedlich wahrgenommen wurde. Während es in Konstanz kritische Stimmen zur Formulierung und zu den Folgen für den Tourismus gab, formt sich in Marburg ein positiveres Bild, da den Marburger Interviewten keine negativen Meinungen aufgefallen sind. Gesamtgesellschaftlich zeigt sich ein hohes Umweltbewusstsein, sodass die *Fridays for Future*-Bewegung und die Klimanotstände in den einzelnen Städten größtenteils positiv aufgenommen wurden. Bei der Konstanzer *Fridays for Future*-Bewegung zeigt sich nun, dass das Interesse am Klimanotstand wieder abnimmt.

4.6 Sozioökonomische Auswirkungen

Der Ausruf des Klimanotstands bringt, je nach Härte der jeweiligen Beschlüsse, Konsequenzen mit sich, die sich unterschiedlich auf die gesellschaftlichen Gruppen einer Stadt auswirken können. Sozioökonomische Auswirkungen beinhalten sowohl soziale als auch wirtschaftliche Faktoren. Aufgrund der Aktualität der Maßnahmen, können im Weiteren nur Ansätze sozioökonomischer Auswirkungen geschildert und eingeordnet werden.

Zwei der Marburger Interviewten betonen, dass im Klimaaktionsplan das Ziel formuliert sei, dass sich Maßnahmen positiv auf benachteiligte Personen auswirken (vgl. M1_N: 1; M3: 6). Weiterhin betont der*die Befragte der Verwaltung, dass die soziale Frage aufgrund des Verständnisses des Oberbürgermeisters schon früh eine große Rolle in der Debatte eingenommen habe (vgl. M1_N: 1). Die Befragten der *Fridays for Future*-Bewegung beider Städte stellen klar, dass sie die sozial inklusive Ausgestaltung von Klimaschutzmaßnahmen fordern würden. (vgl. K2: 11; M3: 6). In diesem Zusammenhang nennt die*der Befragte der *Fridays for Future*-Bewegung Konstanz die Entsiegelung von Parkplätzen, bei der die Stadt darauf achte, dass noch genug Parkplätze für Personen mit Behinderungen erhalten bleiben (vgl. K2: 11). Die*der Befragte der Marburger Ortsgruppe zeigt ein anderes Verständnis sozial inklusiver

Maßnahmen. Sie*Er nennt hierzu den Ausbau des ÖPNVs und betont, dass sich Sanierungen nicht auf die Miethöhe auswirken würden (vgl. M3: 6). Zusätzlich stellt er*sie klar, dass der Klimaaktionsplan Auswirkungen auf Menschen mit höherem Einkommen, Grundbesitzer*innen und Firmen habe, da Teile des Plans von diesen Akteur*innen finanziert werden sollten (vgl. ebd.).

In Konstanz wurde bisher kein Pendant zum Klimaaktionsplan in Marburg erarbeitet, sodass von den Klimanotstandsbeschlüssen ausgegangen werden muss. Hierzu nennt das KONSTANZER AMTSBLATT (2019: 6), dass kommunale Maßnahmen bisher noch nicht mit der Schaffung bezahlbaren und auch klimaschutzkonformen Wohnraums einhergehen würden. Das bestätigt die*der Konstanzer Befragte der Stadtverwaltung damit, dass es bisher keine Lösung für das Problem gebe, wie klimaneutrales Bauen so gestaltet werden könne, dass es auch für ‚sozial benachteiligte‘ Menschen erschwinglich sei (vgl. K3: 8). Zwei Befragte beider Städte nennen Bildungsprojekte, mit denen die Bürger*innen für Klimaschutzmaßnahmen sensibilisiert werden sollten (vgl. K3: 8; M2: 7).

Die Problematik sozial-inklusive Klimaschutzmaßnahmen ist in beiden Städten bekannt. Durch das Bürger*innenbeteiligungsverfahren und die Erstellung des Klimaaktionsplans ist die sog. ‚soziale Frage‘ in Marburg schon früh aufgegriffen und in den Plan miteingearbeitet worden. In Konstanz steht weiterhin aus, wie z.B. der Bereich Wohnen und Bauen so gestaltet werden kann, dass sich Maßnahmen nicht negativ auf sozial benachteiligte Gruppen auswirken. In beiden Städten sollen die Bürger*innen mit Bildungsprojekten für den Klima- und Umweltschutz sensibilisiert werden. Insgesamt besteht bei den Befragten der zivilgesellschaftlichen Gruppen Unklarheit über die Maßnahmen der Stadtverwaltung. Das ist wahrscheinlich der Tatsache geschuldet, dass sich diese Befragten nur ehrenamtlich mit den Klimamaßnahmen der Stadtverwaltung auseinandersetzen und ein Großteil der Maßnahmen nicht innerhalb eines Jahres realisiert werden kann.

4.7 Pfadabhängigkeit

Als letzte Kategorie folgt die sog. Pfadabhängigkeit. Im theoretischen Teil wurde erklärt, dass durch ein bestimmtes Policy Design Konstrukte gebildet werden, die Auswirkungen auf zukünftige Entscheidungen haben. Die Situation vor dem Klimanotstand ist bereits im Abschnitt 4.1 beschrieben worden. Nun folgen die Einschätzungen der Befragten, wie sie die zukünftige Umweltpolitik Marburgs oder Konstanz sehen.

Die Interviewten sind sich einig, dass die zukünftigen Maßnahmen der beiden Städte durch die Öffentlichkeit und die klimapolitischen Initiativen kontrolliert werden. In Konstanz hätte *Fridays for Future* etwa ein Jahr nach dem Klimanotstandsbeschluss wieder einen Antrag gestellt, der die Stadt verpflichten würde, bis 2030 klimaneutral zu werden (vgl. K2: 12). Die*der Interviewte der Stadtverwaltung schätzt, dass die Diskussion ähnlich verlaufen werde, nur das dieses Mal keine Kommunalwahl anstehe. Dennoch ist die*der Befragte skeptisch, ob eine Klimaneutralität bis 2030 umgesetzt werden könne, weil gesamtgesellschaftliche Aspekte betrachtet werden müssten und die Verwaltungsstruktur der Umsetzung im Wege stehe (vgl. K3: 10). Im KONSTANZER AMTSBLATT wird ergänzt, dass die Stadtbevölkerung seit dem Klimanotstand über die Klimaverträglichkeit des jährlich stattfindenden Seenachtfest diskutiere. Der Gemeinderat jedenfalls müsse zukünftig jeden Beschluss auf Klimaverträglichkeit prüfen (vgl. Stadt Konstanz 2019b: 6).

Die Marburger Befragten nennen keine expliziten Anträge, die das klimapolitische Verhalten der Stadt in Zukunft bestimmen können, weil ein Klimaaktionsplan bereits von der Stadtverordnetenversammlung verabschiedet worden sei. Der*die Befragte der Stadtverwaltung ist sich sicher, dass die ‚jungen Leute‘ kontrollieren würden, ob die versprochenen Mittel tatsächlich umgesetzt werden (vgl. M1: 8). Mit der Etablierung des

Marburger *Klimabündnis* habe sich ein Akteur konstituiert, der die Klimadebatte weiterführe und für die Stadtverwaltung weiterhin als Ansprechpartner bestehen bleibe (vgl. M3: 7).

Anhand dieser Beispiele wird deutlich, dass beide Städte auch in Zukunft klimapolitische Maßnahmen vorantreiben wollen. In Konstanz steht derzeit noch aus, ob eine Klimastrategie mit dem Ziel der Klimaneutralität 2030 oder 2035 verabschiedet wird. Die Marburger Bürger*innen und die Stadtverwaltung haben mit dem Klimaaktionsplan 2030 schon ein weitreichendes Maßnahmenpaket vorgelegt, welches vom *Klimabündnis* und der Öffentlichkeit verfolgt wird.

5. Interpretation

Die durch die Expert*inneninterviews gewonnen Ergebnisse werden nun auf die theoretischen Vorüberlegungen bezogen.

Die These einer Pfadabhängigkeit bestätigt sich anhand der Ergebnisse, da Klimaschutz schon vorher ein wichtiges Thema in den beiden Kommunen dargestellt hat. Das von der Klimabewegung thematisierte „Nichtstun“ im Klimaschutz hat die von INGRAM und SCHNEIDER benannten “seeds for altering social construction” (2007: 108) geliefert, sodass Druck gegenüber den politischen Entscheidungsträger*innen aufgebaut wurde. Das Policy Design stellen die Klimanotstandsbeschlüsse dar, in welchen die Klimakrise als fortan höchste politische Priorität erklärt wird. Im Marburger Beschluss wird noch weiter gegangen, weil vom Klimawandel als existenzielle Bedrohung für die Menschheit ausgegangen wird. Während die Befragten der Verwaltung zwischen der regionalen Situation und der globalen Betroffenheit unterscheiden, finden die klimapolitischen Initiativen, dass es überall einen dringenden Handlungsbedarf gebe.

Die Partizipationsmuster verschiedener gesellschaftlicher Gruppen ergeben sich durch die Bürger*innenbeteiligung. In beiden Städten wurde Bürger*innenbeteiligung schon vor dem Klimanotstand ausgeübt. Mit dem Bürger*innenbeteiligungsverfahren in Marburg zur Entwicklung des Klimaaktionsplans haben die politischen Entscheidungsträger*innen die Bereitschaft gezeigt, politische Machtressourcen an die Stadtgesellschaft abzugeben. Von Seiten der Klimabewegung wurde auch durch die Ausrichtung einer Veranstaltung die „Orientierung zur Regierung“ sichtbar. In Konstanz hingegen hat bezüglich des Klimanotstands noch keine strukturierte Beteiligung stattgefunden, was zivilgesellschaftliche Initiativen dafür genutzt haben, unabhängig von der Stadtverwaltung eine Klimakonferenz und einen Klima-Aktionstag auszurichten. Die Partizipationsmuster und die Orientierung zur Regierung fallen in Konstanz dementsprechend geringer aus.

Das Policy Design ergibt sich auch aus den Interessen und den Zielen der beteiligten Akteur*innen. Wie weiter oben in diesem Kapitel schon dargelegt wurde, verfolgen die benannten Akteur*innen ähnliche Interessen und Ziele. Die Bedrohung durch den Klimawandel und der Handlungsdruck wird jedoch von der Klimabewegung stärker wahrgenommen als von den Verwaltungen und den politischen Fraktionen der Städte. Insbesondere in Konstanz zeigt sich, dass Teile der Verwaltung skeptisch gegenüber dem Klimanotstand eingestellt sind, was erklären kann, dass bisher noch keine Klimastrategie verabschiedet worden ist. Hinsichtlich des Beziehungsverhaltens stimmen die beiden Städte überein. Zivilgesellschaftliche Akteur*innen unterstützen sich und nehmen ein distanziertes Verhältnis gegenüber den politischen Entscheidungsträger*innen ein. Aufgrund einer ähnlicheren Interessenlage als in Konstanz ist die Beziehung zwischen *Klimabündnis* und Stadtverwaltung in Marburg besser. Die gute Beziehung kann nach der Theorie der „Sozialen Konstruktion und des Policy Designs“ dafür verantwortlich sein, dass in Marburg ein Klimaaktionsplan im Einvernehmen mit dem *Klimabündnis* verabschiedet wurde. In Konstanz hingegen wurde mit der Entscheidung, eine schnellstmögliche Klimaneutralität zu erreichen,

gegen die Position von *Fridays for Future* gestimmt, die sich eine Klimaneutralität mit festem Datum zum Ziel gesetzt hatten.

Bei der Kategorie der öffentlichen Wahrnehmung ist von der These ausgegangen worden, dass die Handlungen politischer Entscheidungsträger*innen von der Lösung des wahrgenommenen Problems und der Wiederwahl abhängen. Insbesondere in Konstanz bestätigt sich diese These, weil der Klimanotstandsbeschluss vor der anstehenden Kommunalwahl einstimmig verabschiedet worden ist. Auch der Marburger Oberbürgermeister begründet seinen Einsatz für die Klimabewegung damit, dass er nun den nötigen Rückhalt aus der Bevölkerung für verschärfte Klimaschutzmaßnahmen habe. In Konstanz hat sich nach dem Klimanotstand gezeigt, dass der Begriff negativ wahrgenommen wird und insbesondere vom Einzelhandel und von den vom Tourismus abhängigen Unternehmen abgelehnt wird, weil negative Folgen für die Wirtschaft befürchtet werden.

Im theoretischen Rahmen wurde u.a. die abhängige Zielgruppe genannt, die im kommunalen Klimaschutz durch sozial benachteiligte Gruppen vertreten werden könnte. Deswegen wurde in den Interviews nach den sozialen Auswirkungen der verabschiedeten Maßnahmen gefragt. Die Problematik sozialinklusive Maßnahmen ist in beiden Städten bekannt. In der Marburger Debatte wurde die Problematik früh aufgegriffen, sodass im Klimaaktionsplan benannt wird, dass sich Maßnahmen positiv auf sozial benachteiligte Personen auswirken sollen. In Konstanz steht die Entscheidung noch aus, wie z.B. das Thema Bauen in der Klimastrategie sozialverträglich aufgegriffen werden kann. In beiden Städten sollen Bürger*innen durch Bildungsprojekte für den Klimaschutz sensibilisiert werden.

Wie schon in der Anwendung der Theorie der politischen Konstruktion und des Policy Design diskutiert wurde, ist das Konzept der Zielgruppen in Bezug auf kommunalen Klimaschutz nicht anwendbar. Die Gruppe der Herausforderer wurde in Marburg nicht durch die Klimabewegung charakterisiert, weil sie von den politischen Entscheidungsträger*innen und der Öffentlichkeit überwiegend positiv gesehen wird. In Konstanz ist diese Zuschreibung treffender, weil *Fridays for Future* in einem distanzierten Verhältnis zu der Verwaltung und den politischen Fraktionen steht und Teile der Öffentlichkeit den Klimanotstand negativ sehen. Auch muss die Anwendung in Bezug auf Gleichheits- und Gerechtigkeitsnormen kritisch gesehen werden, weil beide Städte die Interessen sozial benachteiligter Personen mitdenken, sodass die in der Theorie genannte abhängige Gruppe nicht stellvertretend für sozial benachteiligte Personen stehen kann. Die eingangs gestellte Hypothese, dass sich am Klimaaktionsplan vor allem Menschen mit einer guten Allgemeinbildung und einer gut abgesicherten Existenz engagiert haben, konnte aufgrund der gewählten Methode nicht überprüft werden. Dennoch hat ein*e Befragte*r kritisch angemerkt, dass sich im Bürger*innenbeteiligungsverfahren nur Menschen mit dem Thema beschäftigt haben, die beruflich mit dem Thema zu tun haben oder sich privat dafür interessieren.

Zuletzt soll die Forschungsfrage, wie sich das Image verschiedener städtischer Akteur*innen durch den Ausruf des Klimanotstands verändert hat, beantwortet werden. Die Klimabewegungen beider Städte haben durch die Demonstrationen und den Ausruf des Klimanotstands viel Aufmerksamkeit erfahren. Zudem werden die Bewegungen seit Ausruf des Klimanotstands ernster genommen, weil sie sich für städtische Belange eingesetzt und mit den Klimanotstandsentwürfen klar gemacht haben, dass sie mehr als nur demonstrieren können. Bei der Konstanzer Stadtverwaltung besteht bspw. mittlerweile mehr Bereitschaft dafür, den Aktivist*innen Verwaltungsabläufe zu erklären. Der*dem Interviewten von *Fridays for Future*-Marburg sind Verwaltungsabläufe und Kommunalpolitik seit dem Klimanotstand viel klarer geworden. Der Oberbürgermeister von Marburg hat sich deutlicher zum Klimaschutz und dem *Klimabündnis* positioniert, was sein eigenes Image und das Image des *Klimabündnisses* beeinflusst hat. Demnach hat er mit seinem Agieren die Forderungen der Klimabewegung legitimiert. Das Verhältnis zwischen dem Konstanzer Oberbürgermeister

und der *Fridays for Future*-Bewegung hat mit dazu geführt, dass die Bewegung und ihre Ziele mäßig aufgegriffen wurden.

6. Fazit

In vielen deutschen Städten hat die *Fridays for Future*-Bewegung politische Entscheidungsträger*innen dazu gedrängt, den Klimanotstand auszurufen. In dieser Arbeit wurden die Prozesse in Marburg und Konstanz unter Einbeziehung eines konstruktivistischen Analyserahmens untersucht. Die Expert*inneninterviews haben Aufschluss darüber gegeben, was der Klimanotstand im städtischen Kontext bedeutet und wie dieser wahrgenommen wird. Beide Kommunalparlamente haben sich dazu entschieden, die Lösung der Klimakrise als höchste politische Priorität zu erklären und bei jeder zukünftigen Entscheidung die Auswirkungen auf das Klima zu berücksichtigen. Umwelt- und klimapolitische Fragestellungen sind damit in den Mittelpunkt der jeweiligen Kommunalpolitik gerückt. Während in Marburg keine kritischen Stimmen sichtbar wurden, gibt es in Konstanz Konflikte mit dem örtlichen Einzelhandel und touristisch ausgerichteten Unternehmen, die den Tourismus in Konstanz gefährdet sehen.

In beiden Städten zeigen sich die unterschiedlichen Rollenbilder von Stadtverwaltung und Interessengruppen, weil es trotz ähnlicher Interessenlage zu Konflikten kommt, die meistens zeitliche Aspekte betreffen. Allerdings hat der Klimanotstand erwirkt, dass die beteiligten zivilgesellschaftlichen Akteur*innen kommunale Prozesse besser verstehen und sich von den städtischen Akteur*innen besser wahrgenommen fühlen. Zwischen dem Marburger Oberbürgermeister und den Akteur*innen des *Klimabündnisses* besteht ein respektvolles Verhältnis, welches durch die Demonstrationsbesuche und die gemeinsame Arbeit am Klimaaktionsplan 2030 ausgebaut werden konnte. Das distanzierte Verhältnis zwischen *Fridays for Future*-Konstanz und den städtischen Akteur*innen sowie die kritische öffentliche Wahrnehmung hat ein Jahr nach dem Klimanotstand dazu geführt, dass sich das Konstanzer Kommunalparlament für eine Klimaneutralität mit unbestimmtem Datum entschieden hat.

Es bleibt offen, inwiefern sich kommunale Verwaltungsstrukturen für eine erfolgreiche Umsetzung der Klimanotstandsbeschlüsse verändern müssten. Ebenfalls müsste die öffentliche Wahrnehmung gegenüber den Klimanotstandsbeschlüssen und deren Folgen besser untersucht werden. Die Priorisierung des Themas könnte nämlich dazu führen, dass andere wichtige Belange und demokratische Aspekte außer Acht gelassen werden.

Anhang

Interviewleitfaden Experteninterviews

Vor dem Interview (Anmerkungen für den Interviewer):

- Eigene Person kurz vorstellen
- Dem*der Interviewpartner*in für seine Hilfe/Teilnahme an der Befragung danken.
- Kurzen Hinweis auf das Forschungsziel geben: Die Interviews werden geführt, um herauszufinden, inwiefern sich im Politikbereich kommunaler Klimaschutz unter der Prämisse des Klimanotstands das Image verschiedener städtischer Akteur*innen verändert hat.
- Information über die anonyme Behandlung der Daten
- Das Einverständnis des Interviewpartners einholen (auch für Aufzeichnung) und diesem die Gelegenheit geben, für ihn noch offene Fragen zu stellen.

Interview

Übergeordnete Forschungsfrage: Wie hat sich das Image verschiedener städtischer Akteur*innen durch den Ausruf des Klimanotstands verändert?

Fragenblock A: Klimanotstand

- Wie ist es in Konstanz/Marburg dazu gekommen, dass der Klimanotstand erklärt wurde? War das Thema Klima/Umwelt vorher bereits ein wichtiges Thema in der Kommunalpolitik?
- Gab es in der Vergangenheit Verfahren der Bürger*innenbeteiligung zum Thema Umwelt/Klima?
- Wie würden sie ihre Rolle im kommunalen Klimaschutz beschreiben?

Fragenblock B: Ausruf des Klimanotstands

- Welche Akteur*innen waren am Ausruf des Klimanotstands beteiligt?
- Welche der genannten Akteur*innen hat sich schon vorher im kommunalen Klimaschutz engagiert, wer ist Ihnen neu? Mögliche Nachfrage: Dominieren dabei die selben Gruppen wie zuvor/auch bei anderen kommunalpolitischen Themen? Wenn ja: Wie wirkt sich das auf die öffentliche Diskussion über Maßnahmen zum Klimanotstand aus?
- Welche Ziele und Interessen hatten diese Akteur*innen bezogen auf den Ausruf des Klimanotstands bzw. dem Klimanotstand nachgeschalteten Prozessen? Nachfrage: Haben Sie den Eindruck, dass unterschiedliche Interessen von gesellschaftlichen Gruppen berücksichtigt/nicht berücksichtigt werden?
- Welche Beziehungen bestanden zwischen den beteiligten/identifizierten gesellschaftlichen Gruppen und den politischen Entscheidungsträger*innen/Verwaltung vor Ausruf des Klimanotstands?
- Welche Konflikte sind aufgetreten? Wodurch wurden diese Konflikte verursacht? Wie wurden sie gelöst?
- Welche Akteur*innen/gesellschaftlichen Gruppen standen dem Ausruf des Klimanotstands negativ gegenüber?

- Wie hat sich diese negative Haltung geäußert und welchen Stellenwert hat die negative Haltung in der Entscheidungsfindung eingenommen?
- Ist Ihnen sonst noch etwas aufgefallen, dass die Beschlüsse zum Klimanotstand beeinflussen haben könnte?

Fragenblock C: Folgen der Beschlüsse

- Haben die Beschlüsse zum Klimanotstand die Beziehungen und das Kooperationsverhalten zwischen gesellschaftlichen Gruppen und Politik/Verwaltung verändert?
- Welche Änderungen ergeben sich durch die Beschlüsse zum Klimanotstand insbesondere für die identifizierten gesellschaftlichen Gruppen?
- Hat sich ihrer Meinung nach, die Einstellung der Öffentlichkeit und die der politischen Entscheidungsträger*innen gegenüber dem kommunalen Klimaschutz geändert? Wenn ja, woran machen sie das fest und in welche Richtung hat sich die Einstellung verändert?
- Denken Sie, dass zukünftige Entscheidungsprozesse im kommunalen Klimaschutz ähnlich verlaufen werden?
- Welche Aspekte der Politik des Klimanotstands möchten sie noch nennen, die nach ihrem Gefühl bisher zu wenig berücksichtigt wurden?

Literaturverzeichnis

- Barbehön, Marlon (2014): Leitvorstellungen politischer Handlungsträgerschaft, in: Frank, Sybille (Hg.): Städte unterscheiden lernen. Zur Analyse interurbaner Kontraste. Frankfurt am Main: Campus Verlag GmbH, S. 206-245.
- Becker, Daniela (2020): Ein Jahr Klimanotstand in Konstanz. Symbolpolitik oder echter Wandel? <https://www.klimafakten.de/meldung/ein-jahr-klimanotstand-konstanz-symbolpolitik-oder-echter-wandel>, letzter Zugriff: 11.06.2020.
- Blatter, Joachim/ Langer, Phil C./ Wagemann, Claudius (2018): Qualitative Methoden in der Politikwissenschaft. Eine Einführung. Wiesbaden: Springer VS.
- Böcher, Michael/ Töller, Annette Elisabeth (2012): Umweltpolitik in Deutschland. Eine politikfeldanalytische Einführung. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Bogner, Alexander/ Littig, Beate/ Menz, Wolfgang (2009): Experteninterviews. Theorien, Methoden, Anwendungsfelder. 3. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bosse, Jana (2019): Die Gesellschaft verändern. Zur Strategieentwicklung in Basisgruppen der deutschen Umweltbewegung. Bielefeld: transcript Verlag.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2020): Laufende Stadtbeobachtung – Raumabgrenzungen. https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Raumbeobachtung/Raumabgrenzungen/deutschland/gemeinden/StadtGemeindetyp/StadtGemeindetyp_node.html, letzter Zugriff: 04.06.2020.
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Nukleare Sicherheit (2018): Umweltbewusstsein in Deutschland 2018. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/ubs2018_-_m_3.3_basisdatenbroschuere_barrierefrei-02_cps_bf.pdf, letzter Zugriff: 10.06.2020.
- Busch, Henner (2015): Linked for action? An analysis of transnational municipal climate networks, in: International Journal of Urban Sustainable Development, Jg. 7, Heft 2, S. 213-231.
- Climate Emergency Declaration (2020): Climate emergency declarations in 1,496 jurisdictions and local governments cover 820 million citizens. <https://climateemergencydeclaration.org/climate-emergency-declarations-cover-15-million-citizens/>, letzter Zugriff: 25.05.2020.
- Deutscher Bundestag (2018): Vor 50 Jahren: Bundestag beschließt Notstandsgesetze. <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2018/kw21-kalenderblatt-notstandsgesetze-556672>, letzter Zugriff: 10.08.2020.
- Deutsche Umwelthilfe (2018): Klimaneutral. Was bedeutet das eigentlich? <https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/klimaneutral-was-bedeutet-das-eigentlich/>, letzter Zugriff: 17.08.2020.
- Fiedler, Maria (2020): Warum wir viel über die Erderwärmung wissen, aber wenig tun, in: Der Tagesspiegel. <https://www.tagesspiegel.de/politik/die-psychologie-des-klimawandels-warum-wir-viel-ueber-die-erderwaermung-wissen-aber-wenig-tun/25473340.html>, letzter Zugriff: 10.08.2020.
- Gläser, Jochen/ Laudel, Grit (2010): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse. 4. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Heinrich-Böll-Stiftung (2018): KommunalWiki. Bürgerbeteiligung. <https://kommunalwiki.boell.de/index.php/B%C3%BCrgerbeteiligung>, letzter Zugriff: 11.08.2020.
- Hirschl, Bernd/ Pfeifer, Lena (2019): Kommunen im Klimanotstand: Wichtige Akteure für kommunalen Klimaschutz. Kurzstudie zu Prozessen, Eigenschaften und Schwerpunkten. Diskussionspapier des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung 71/20.
- Ingram, Helen/ Schneider, Anne L./ DeLeon, Peter (2007): Social Construction and Policy Design, in: Sabatier, Paul A. (Hrsg.): Theories of the Policy Process. Cambridge, S. 93-126.
- Jahn, Detlef (2016): Umwelt in der Vergleichenden Politikwissenschaft, in: Lauth, Hans-Joachim/ Kneuer, Marianne/ Pickel, Gert (Hrsg.): Handbuch Vergleichende Politikwissenschaft. Wiesbaden: Springer Reference Sozialwissenschaften, S. 677-688.
- Klima-Bündnis (2020): Kommunen. Stärke in Zahlen. <https://www.klimabuendnis.org/kommunen/das->

- netzwerk.html?tx_i6camembers_i6camemberslist%5Baction%5D=list&tx_i6camembers_i6camemberslist%5Bcontroller%5D=Members, letzter Zugriff: 18.08.2020.
- Konstanzer Klimakonferenz (2019): Bericht zur 1. Konstanzer Klimakonferenz am 19.07.2019. <https://www.konstanzer-klimakonferenz.de/ergebnisse/>, letzter Zugriff: 12.08.2020.
- Kuckarts, Udo (2014): Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung. Weinheim und Basel: Beltz Juventa.
- Littig, Beate (2009): Interviews mit Eliten – Interviews mit ExpertInnen: Gibt es Unterschiede, in: Bogner, Alexander/ Littig, Beate/ Menz, Wolfgang (Hrsg.): Experteninterviews. Theorien, Methoden, Anwendungsfelder. 3. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 117-136.
- Mau, Katharina (2019): Kommunalpolitik: Klimanotstand, der neue Streitbegriff. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-11/kommunalpolitik-klimaschutz-prioritaeten-klimanotstand>, letzter Zugriff: 17.04.2020.
- Mittelstaedt, Luca (2019): Für Marburg. Stadt ruft Klimanotstand aus. marburg.news/?p=3976, letzter Zugriff: 10.06.2020.
- De Moor, Joost et al. (Eds.) (2020): Protest for a future II: Composition, mobilization and motives of the participants in Fridays For Future climate protest on 20-27 September, 2019, in 19 cities around the world. <https://www.diva-portal.org/smash/get/diva2:1397070/FULLTEXT01.pdf>, letzter Zugriff: 10.06.2020.
- Münch, Sybille (2014): Konstellation städtischer Gruppen, in: Frank, Sybille (Hg.): Städte unterscheiden lernen. Zur Analyse interurbaner Kontraste. Frankfurt am Main: Campus Verlag GmbH, S. 173-205.
- Münch, Sybille (2016): Interpretative Policy-Analyse. Eine Einführung. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Nullmeier, Frank (1997): Interpretative Ansätze in der Politikwissenschaft, in: Benz, Arthur/Seibel, Wolfgang (Hrsg.): Theorieentwicklung in der Politikwissenschaft. Eine Zwischenbilanz. Baden-Baden, S. 101-144.
- Reiter, Renate/ Töller, Annette Elisabeth (2014): Politikfeldanalyse im Studium. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Röhling, Marc (2020): Vor einem Jahr hat Konstanz den Klimanotstand ausgerufen – was hat die Stadt seither erreicht? <https://www.bento.de/politik/klimanotstand-in-konstanz-was-erreicht-wurde-und-wieso-nun-streit-droht-a-f137c8a9-e61d-4291-9a23-e8b926f3130c>, letzter Zugriff: 11.06.2020.
- Stadt Konstanz (2019a): Jahresabschluss 2017 der Technischen Betriebe Stadt Konstanz. https://www.konstanz.de/site/Konstanz/get/documents_E-987388358/konstanz/Dateien/Service/%C3%B6ffentliche%20Bekanntmachungen/Jahresabschluss%202017%20der%20Technischen%20Betriebe%20Stadt%20Konstanz.pdf, letzter Zugriff: 05.06.2020.
- Stadt Konstanz (2019b): Stadt Konstanz ruft Klimanotstand aus. Der Gemeinderat hat am 2. Mai einstimmig eine Resolution zur Ausrufung des Klimanotstands beschlossen, in: Amtsblatt, Jg. 2, Heft 10, S. 6.
- Stadt Konstanz (2020a): Erster Jahrestag Klimanotstand. <https://www.konstanz.de/service/pressereferat/pressemitteilungen/erster+jahrestag+klimanotstand>, letzter Zugriff: 11.06.2020.
- Stadt Konstanz (2020b): Klima & Energie. https://www.konstanz.de/leben+in+konstanz/umwelt/klima+_+energie, letzter Zugriff: 21.08.2020.
- Steg, Linda/ de Groot, Judith I. M./ van den Berg, Agnes E. (2019): Environmental Psychology. An Introduction. 2. Ausgabe, Newark: John Wiley & Sons.
- Stegmann, Eva (2020): Ein Gemeinderatsbeschluss zum Weinen? Konstanz bekennt sich nicht zu Klimaneutralität 2030. <https://www.suedkurier.de/region/kreis-konstanz/konstanz/ein-gemeinderatsbeschluss-zum-weinen-konstanz-bekannt-sich-nicht-zu-klimaneutralitaet-2030;art372448,10571852>, letzter Zugriff: 16.08.2020.
- Stuttgarter Nachrichten (2019): Klimanotstand in Konstanz. Was bringen die Maßnahmen am Bodensee? <https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.klimanotstand-in-konstanz-was->

- bringen-die-massnahmen-am-bodensee.d48de224-2ec8-4d53-8e47-ec86f03037a4.html, letzter Zugriff: 11.06.2020.
- Süddeutsche Zeitung (2019): Berlin ruft "Klimanotlage" aus. <https://www.sueddeutsche.de/politik/berlin-klimanotlage-senat-1.4717887>, letzter Zugriff: 20.08.2020.
- Thunert, Martin (2003): Think Tanks in Deutschland – Berater der Politik?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 51, S. 30-38.
- Umweltbundesamt (2020): Deutsche Kommunen rufen den Klimanotstand aus. <https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimafolgen-anpassung/anpassung-an-den-klimawandel/anpassung-auf-kommunaler-ebene/deutsche-kommunen-rufen-den-klimanotstand-aus#>, letzter Zugriff: 17.04.2020.
- UNFCCC (2015): Adoption of the Paris Agreement. <https://unfccc.int/resource/docs/2015/cop21/eng/l09r01.pdf>, letzter Zugriff: 20.08.2020.
- Universitätsstadt Marburg (2019a): Jahresabschluss 2017. <https://www.marburg.de/portal/seiten/jahresabschluss-900001378-23001.html>, letzter Zugriff: 04.06.2020.
- Universitätsstadt Marburg (2019b): Stadt Marburg ruft den Klimanotstand aus. Beschluss der Stadtverordneten am 28.06.2019. <https://www.marburg.de/portal/meldungen/beschluss-der-stadtverordneten-am-28-06-2019-900005940-23001.html>, letzter Zugriff: 10.06.2020.
- Marburg (2020): Klimaschutz. <https://www.marburg.de/leben-in-marburg/umwelt-klima/klimaschutz/>, letzter Zugriff: 21.08.2020.
- Wagner, Thomas (2019): Ein Monat Klimanotstand in Konstanz. Kein Auto für den OB. https://www.deutschlandfunk.de/ein-monat-klimanotstand-in-konstanz-kein-auto-fuer-den-ob.697.de.html?dram:article_id=450381, letzter Zugriff: 11.06.2020.
- Weidner, Helmut (2007): Deutsche Klimapolitik. Erfolgreich und gerecht? Zur Rolle von Fairnessnormen, in: Jacob, Klaus (Hrsg.): Politik und Umwelt. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 39, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 452-478.
- Wendland, Anna Veronika (2019): Notizen aus der Klimaprovinz. <https://www.salonkolumnisten.com/notizen-aus-der-klimaprovinz/>, letzter Zugriff: 10.06.2020.
- Werner, Dominik (2019): Ideensammlung zum Klimaaktionsplan der Bürger, in: future mr. <http://www.kollektiv-von-morgen.de/klimanotstand-und-jetzt-bericht-und-erste-dokumentation/>, letzter Zugriff: 11.08.2020.
- Wikipedia (2020): Liste deutscher Orte und Gemeinden, die den Klimanotstand ausgerufen haben. https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_deutscher_Orte_und_Gemeinden,_die_den_Klimanotstand_ausgerufen_haben#cite_note-1, letzter Zugriff: 25.05.2020.
- Wisker, Björn: Das bedeutet der Klimanotstand in Marburg. <https://www.op-marburg.de/Marburg/Klimaschutz-Das-bedeutet-der-Klimanotstand-in-Marburg>, letzter Zugriff: 10.06.2020.
- Yildiz, Taylan (2016): Konstruktivistische Ansätze in der Vergleichenden Politikwissenschaft, in: Lauth, Hans-Joachim/ Kneuer, Marianne/ Pickel, Gert (Hrsg.): Handbuch Vergleichende Politikwissenschaft. Wiesbaden: Springer Reference Sozialwissenschaften, S. 247-260.